

Christoph Bühler

## **Die Nachkriegszeit**

Deutschland unter alliierter Besetzung: Neuaufbau einer staatlichen Organisation  
Texte für Schule und Studium

Heidelberg 2006  
Rohmanuskript Herbst 2006

---

## Der Neuaufbau einer staatlichen Organisation in den Westzonen

### Inhaltsverzeichnis dieses Kapitels

Die Nachkriegszeit.....	605
Die Einführung des föderalistischen Systems – Die Bildung der Länder .....	608
Die föderative Ordnung.....	608
Die Auflösung Preußens.....	609
Die amerikanische Zone.....	611
Die britische Zone.....	611
Die französische Zone.....	612
Die sowjetische Zone .....	614
Die Neugründung von Parteien .....	614
Grundsätze .....	614
Parteien in der sowjetischen Zone.....	615
KPD .....	616
SPD .....	616
Parteien in den Westzonen .....	617
SPD .....	617
CDU/CSU .....	619
FDP .....	621
Zentrum .....	622
Deutsche Partei (DP) .....	622
Im Zeichen des Kalten Krieges: Der Neuaufbau des politischen Lebens.....	623
Kommunal- und Landtagswahlen .....	623
Die Errichtung einer deutschen Verwaltungsstruktur.....	625
Die Wende in der britisch-amerikanischen Politik.....	627
Das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ (Bi-Zone) .....	629
Der Frankfurter Wirtschaftsrat .....	630
Die Formulierung einer neuen Wirtschaftspolitik.....	632
Die Ruhrfrage .....	634
Die alliierte Politik zum Aufbau eines westdeutschen Staates .....	635
Das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz....	635
Die Münchner Ministerpräsidentenkonferenz.....	636

---

Aufbau einer politischen Organisation als Ziel im Westen .....	637
Die Londoner Konferenzen .....	638
Das Ende des Kontrollrats.....	640
Währungsreform und Berlin-Blockade .....	641
Die Währungsreform .....	641
Die Berliner Blockade.....	644
Tabellen und Karten.....	649
Quellen und Literatur: .....	650

## Der Neuaufbau einer staatlichen Organisation in den Westzonen

In der Ausbildung des föderalen Systems folgten die Alliierten in ihren jeweiligen Besatzungszonen den alten deutschen Strukturen. Vor allem die Zerschlagung Preußens führte hier zur Bildung neuer Länder.

In unterschiedlichem Tempo verlief auch die Zulassung der Parteien; sie setzten die Erfahrungen der Weimarer Republik um.

Die Erkenntnisse der Westalliierten über den grundsätzlichen Charakter der sowjetischen Politik ließ sie vom alten Muster der Behandlung Deutschlands als besiegttem Feindstaat abrücken und dem wirtschaftlichen und staatlichen Wiederaufbau den Vorrang geben.

Parallel dazu verlief in der sowjetischen Besatzungszone eine rigide Sowjetisierung, die bereits früh die Züge der späteren SED-Diktatur trug.

Mit der sowjetischen Haltung zur Währungsreform und der Blockade Berlins war für die Westalliierten endgültig klar, dass am schnellen Wiederaufbau der Westzonen kein Weg vorbei führte.

## Die Einführung des föderalistischen Systems – Die Bildung der Länder

### Die föderative Ordnung

Mit der öffentlich bekundeten Entscheidung der Alliierten, dass die Besetzung Deutschlands keine Annexion bedeuten sollte, war klar, dass ein Weg zum Neuaufbau einer staatlichen Ordnung eingeschlagen werden musste, die unter anderem auch in der Lage war, die Militärbehörden von den notwendigen verwaltungstechnischen Aufgaben zu entlasten. In der vorgesehenen politischen Dezentralisierung Deutschlands konnten die USA und Großbritannien auf die Vorbilder ihrer eigenen föderalistischen Organisation zurückgreifen.

Für die USA bedeutete das den Aufbau einer stark föderativen Ordnung, in der die Regierungsgewalt auf Länderebene einen regulativen

Ausgleich zur Zentralgewalt bildete. Großbritannien sah das einheitsstaatliche Moment stärker, konnte aber für die Selbstverwaltung gleichfalls auf eigene föderative Strukturen verweisen. Diese waren jedoch kleinräumiger als die amerikanischen; ein kurzzeitig verfolgtes Projekt sah die Aufgliederung der gesamten britischen Zone in 30 bis 40 *counties* („Grafschaften“) vor, die also noch kleiner gewesen wären als die später entstandenen Regierungsbezirke. Frankreich hingegen war traditionell zentralistisch organisiert und lehnte daher auch föderalistische Strukturen ab. Beste Aussichten für eine Schwächung Deutschlands wurden hier in einer grundsätzlichen staatlichen Zersplitterung gesehen.

### **Die Auflösung Preußens**

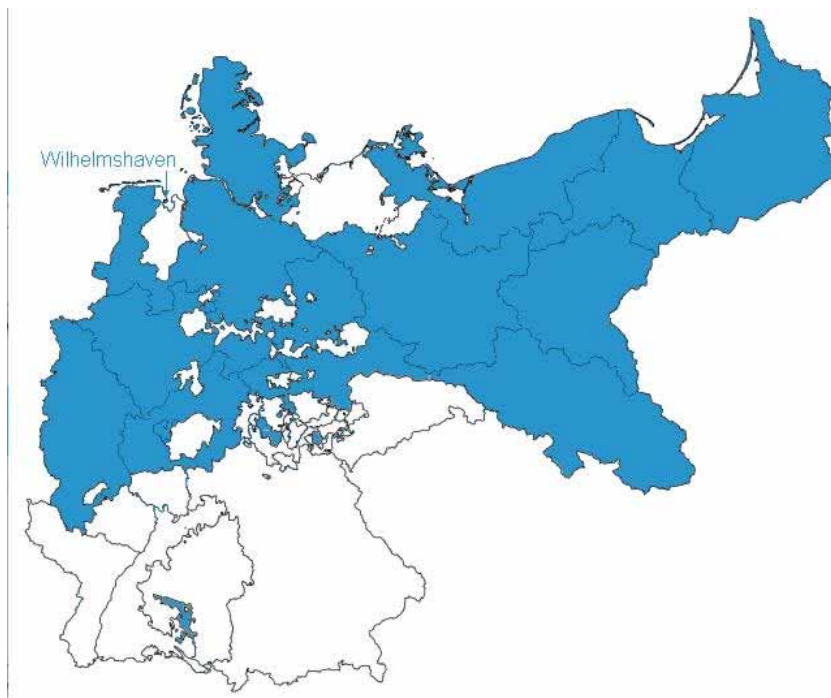
Bereits nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurden Überlegungen angestellt, wie die Hegemonie Preußens im Reich beendet werden könnte. Der Entwurf der Weimarer Verfassung des Staatsrechtlers Hugo Preuß sah die Aufteilung Preußens vor, und auch der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer forderte 1919, Preußen müsse „*unbedingt*“ geteilt werden, „*weil sonst Preußen ... kraft des natürlichen Schwergewichts seiner 42 Millionen Einwohner auch im neuen Deutschland ein Hegemonialstaat werden würde.*“ Diese Hegemonie Preußens habe „*nicht zufällig, sondern als notwendige Folge eines Systems zum Zusammenbruch geführt*“.

Bereits die ersten Überlegungen der Alliierten im Dezember 1941 legten großes Gewicht auf die Abtrennung des Ruhrgebiets von Preußen, das insgesamt nach Churchills Ansicht, die er so unter anderem auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1943 äußerte, eine härtere Behandlung erforderte als etwa der Süden Deutschlands. Die Aufteilung Preußens zog sich dann wie ein roter Faden durch alle Kriegskonferenzen.

Dem Problemkreis Preußen liegt zugrunde, dass das Land innerhalb des Deutschen Reiches eine Vorrangstellung einnahm, sowohl von der Größe, als auch von Bevölkerungszahl und Wirtschaftspotential her. Preußen als größtes der deutschen Länder begriff mit Oberschlesien, Berlin, dem Ruhrgebiet und der Saar vier der größten Industriegebiete in sich, dazu mit Brandenburg, Pommern und Ostpreußen Gebiete, in denen der preußische Adel verwurzelt war. Ihn hielten die Briten für das treibende Element in Nationalismus und Militarismus, was sie auch letztlich davon abhielt, mit der deutschen Widerstandsbewegung zusammenzuarbeiten.

Dabei verkannten sie jedoch, dass gerade der preußische Adel, wenn auch aus einer konservativer Grundhaltung heraus, Hitler mit am ent-

schiedensten bekämpft und nach dem 20. Juli 1944 auch einen erheblichen Blutzoll bezahlt hatte. Das Land Preußen als demokratiefeindlich zu bezeichnen trägt auch der Tatsache keine Rechnung, dass gerade in Preußen sich das parlamentarische Prinzip am längsten gehalten hatte und erst am 20. Juli 1932 durch den Staatsstreich des Reichskanzlers Papen beseitigt worden war. Schließlich ging die Preußenpolitik der britischen Regierung auch an den Realitäten vorbei, da Oberschlesien bereits polnisch, das Berliner Industrieviertel von den Sowjets kontrolliert, die Saar von Frankreich beansprucht und nur das Ruhrgebiet im britischen Bereich verblieben war. Schließlich und endlich aber wurden diese Überlegungen zur Neuordnung Preußens von der Wirklichkeit überholt, da sich das alte Land über alle vier Besatzungszonen erstreckte und eine Aufrechterhaltung der Landesstruktur eine erste grundsätzliche Übereinstimmung in der Siegerkoalition erfordert hätte.



*Karte: Preußen innerhalb des Deutschen Reiches 1871 – 1934/45. Wikimedia CC David Liuzzo/Ulamm.*

Das Land alte Preußen wurde durch Kontrollratsgesetz vom 25. Februar 1947 formell aufgelöst<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Kontrollratsgesetz Nr. 46 betr. die Auflösung Preußens v. 25. Februar 1947 v. Münch, Dokumente 1 S. 54f.

### Die amerikanische Zone

Die amerikanische Militärregierung konnte in Bayern, das auch die nationalsozialistische Gleichschaltung am unbeschadetsten überstanden hatte, am leichtesten wieder an die alte Ordnung anknüpfen. Lediglich die linksrheinische Pfalz, die 1815 an Bayern gekommen und bis zur Auflösung der Länder 1934 bei Bayern geblieben war, war als Bestandteil der französischen Zone abgetrennt.

Der Südwesten war durch die Zuweisung des südlichen Teils von Baden und Württemberg an Frankreich als eigene Besatzungszone geteilt. Hier wurde aus den nördlichen Teilen von Württemberg und Baden ein Land Württemberg-Baden mit Sitz in Stuttgart gebildet. Die spätere Vereinigung des alten Baden mit Württemberg, die 1952 vollzogen wurde, war damit bereits vorgezeichnet.

Auch im heutigen Hessen wurde mit der Zusammenfassung des Landes Hessen (mit der Hauptstadt Darmstadt) und der preußischen Provinzen Hessen-Nassau (Wiesbaden) und Hessen-Kassel (Kassel) eine großräumigere Lösung gefunden<sup>2</sup>. Hauptstadt dieses Landes wurde die alte nassauische Residenz Wiesbaden, die anderen beiden Hauptstädte wurden Sitze der Regierungsbezirke. Die Abgrenzung der Besatzungszonen am Lauf des Rheins brachte es mit sich, dass einerseits der linksrheinische Teil Hessens (Rheinhessen) zur französischen Zone, andererseits zwei Mainzer Stadtteile in Hessen zu liegen kamen und noch heute, wegen der Eingemeindung nach Wiesbaden, lokalpolitischen Zündstoff bieten.

### Die britische Zone

In der britischen Deutschlandpolitik standen sich die Prinzipien der Zerschlagung Preußens und der Abwehr des sowjetischen Einflusses gegenüber. Ersteres war nach britischer Ansicht notwendig, um die geistige Basis des deutschen Imperialismus und Militarismus zu zerschlagen, letzteres, um die Macht der Sowjetunion auf den tatsächlichen Machtbereich der Roten Armee zu begrenzen. Noch während auf amerikanischer Seite der Morgenthau-Plan im Gespräch war, wurden im September 1944 in britischen Regierungskreisen Pläne diskutiert, die *Ruhr region* vor den Begehrlichkeiten Stalins und der Franzosen zu sichern, d.h. die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie in einer politischen Einheit *Rhineland-Westphalia* neu zu organisieren. Diese politische Neuordnung musste aber – gerade wegen der sowjetischen

---

<sup>2</sup> Proklamation Nr. 2 der Militärregierung der amerikanischen Zone vom 19. September 1945: Die Welt seit 1945 S. 85f.

und französischen Ansprüche – im Einvernehmen mit den USA vorgenommen werden.

Zunächst richtete die britische Kontrollkommission im Sommer 1945 insgesamt 10 Landesregierungen in ihrer Zone ein, die durchweg den alten Verwaltungsgliederungen folgten<sup>3</sup>. Diese Verwaltungsstellen unterstanden einer zentralistischen Führung von Seiten der Militärregierung, so dass man von einem „*dezentralisierten Einheitsstaat englischen Musters*“ gesprochen hat. Diese Landesregierungen bekamen am 6. 3. 1946 ein gemeinsames Organ in Form eines Zonenbeirates.

Als erstes wurde die bisherige preußische Provinz Hannover am 23. 8. 1946 zum „Land“ erhoben – auf den Tag genau 80 Jahre nach der Annexion Hannovers durch Preußen im Friede von Prag 1866. Schon im Oktober aber wurde das neue Land mit drei anderen Verwaltungseinheiten zum neuen „Gebietsrat“ Niedersachsen zusammengefasst, aus dem dann am 9. 12. 1946 das gleichnamige Land hervorging.

Die grundsätzliche Entscheidung für ein neues Land im rheinisch-westfälischen Raum fiel im britischen Kabinett im April 1946. Stalins Drängen auf Beteiligung an einer internationalen Ruhrkontrolle führte im Juni 1946 bei den Briten zu der Sorge, das Ruhrgebiet könne kommunistisch, wenn nicht gar sowjetisch werden. Auch der französische Plan einer Internationalisierung hätte das Ruhrgebiet dem britischen Einfluss entzogen. Die britische Kontrollkommission stellte dann am 6. 6. 45 als Thesen für die Neuorganisation ihrer Besatzungszone fest, dass das Industrieviertel an der Ruhr sowohl aus versorgungstechnischen als auch aus militär-strategischen Gründen ein großes Umland brauche; außerdem sei es als Einheit zu betrachten und dürfe nicht zerrissen werden. Die nördliche Rheinprovinz und Westfalen waren daher zu einem neuen Land zusammenzufassen, zu einem Land, das dann im Sommer 1946 unter der Regierung eines von der britischen Besatzungsmacht eingesetzten Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalen genannt wurde.

### **Die französische Zone**

Bei der Festlegung der französischen Besatzungszone war es bereits zu schweren Differenzen zwischen Frankreich und den USA gekommen, da General de Gaulle für sein Land einen breiten Streifen vom Rhein bis Kassel forderte. Erst am 22. Juni 1945 kam es dann zum Ausgleich und zur Abtrennung der bayerischen Pfalz (Kaiserslautern),

---

<sup>3</sup> Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung vom 23. August 1945: Die Welt nach 1945 S. 86f.



des Südtails der preußischen Rheinprovinz (Trier/Koblenz), des Westteils der preußischen Provinz Hessen-Nassau (Montabaur) und des linksrheinischen Teils von Hessen (das heute nur noch als Weinbaugebiet fortlebende Rheinhessen mit Mainz) sowie des Südtails der alten Länder Württemberg und Baden entlang der (strategisch wichtigen, deshalb amerikanisch gebliebenen) Autobahn Karlsruhe – München. Die beiden französischen Teile waren durch einen 15 km breiten amerikanischen Korridor bei Karlsruhe getrennt. Die Verbindung zum gleichfalls französisch besetzten Vorarlberg (Österreich) schuf der bayerische Kreis Lindau.

Frankreich verfolgte zunächst das Ziel, in naher Zukunft die Ordnungsaufgaben für Deutschland nach dem Abzug der Amerikaner aus Europa von diesen übernehmen zu können. Nachdem aber Präsident Truman ein längerfristiges Engagement in Europa angekündigt hatte, musste sich die französische Politik neu orientieren.

Die von der amerikanischen Besatzungsbehörde vorgegebene großräumige Struktur im späteren Bundesland Rheinland-Pfalz wurde von den Franzosen nach der Übernahme der Besatzungszone schnell wieder aufgelöst, die französischen Bestrebungen richteten sich zunächst auf eine Abtrennung des Saarlandes. Erst als die USA und Großbritannien in ihren Zonen Länder bildeten, war auch für Frankreich klar, dass es sich dieser Entwicklung früher oder später anschließen musste. So war die Schaffung des Landes Württemberg-Baden in der amerikanischen Zone (19. 9. 45) die Weichenstellung für die Bildung der Länder (Süd)-Baden und Württemberg-Hohenzollern. Ihre Konstituierung selbst zog sich aber noch bis Dezember 1946, als provisorische Landesregierungen eingesetzt, bzw. bis Mai 1947, als Volksabstimmungen zur Bestätigung der Landesverfassungen abgehalten wurden, hin. Im Nordteil der Zone war nach dem Rücktritt de Gaulles und der Neuorientierung der französischen Politik durch die Verordnung 57 des Militärgouverneurs, General Koenig, vom 30. August 1946 das Land Rheinland-Pfalz gebildet worden.

Auch im Aufbau demokratischer Organisationen ließen sich die französischen Behörden länger Zeit als die amerikanischen und britischen. Die ersten Kommunal- und Kreistagswahlen fanden in der ganzen Zone erst im September und Oktober 1946 statt.

Noch schwieriger gestaltete sich der Aufbau von politischen Parteien, da sie nach französischer Ansicht am ehesten geeignet waren, die gesamtdeutsche Tradition aufrecht zu erhalten. Erst Mitte Dezember 1945 waren die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden, mit den einzelnen Genehmigungen ließen sich die französischen Behörden viel Zeit.

## Die sowjetische Zone

Rein äußerlich verlief der Aufbau der politischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone parallel zu dem in den Westzonen. Mit Befehl Nr. 1 vom 9.6.1945 übernahm General Schukow die Leitung der neu gebildeten Sowjetischen Militärischen Administration (SMAD)<sup>4</sup>. Am Anfang stand auch hier die Einrichtung einer Gemeindeverwaltung unter der Kontrolle der Besatzungsmacht. Es folgte die Errichtung von deutschen Verwaltungsbehörden auf Länderebene, wobei sich hier das Problem der Auflösung Preußens genauso stellte wie in der britischen Zone. Bei Sachsen, Thüringen und Mecklenburg konnte dabei auf die alten Länder, bei der Neubildung Brandenburgs und Sachsen-Anhalts auf die preußischen Provinzen zurückgegriffen werden. Die Kompetenzen dieser Verwaltungsbehörden waren zunächst auf rein wirtschaftliche Angelegenheiten beschränkt, erst durch einen Befehl der SMAD vom 22. Oktober 1945 erhielten sie den Charakter von Regierungen.

## Die Neugründung von Parteien

### Grundsätze

Für das Wiedererstehen der Parteienlandschaft gab es zunächst die Vorstellung, die Strukturen, wie sie in der Weimarer Republik bestanden, würden wieder belebt werden, was eine extreme Polarisierung auf die äußeren (linken und rechten) Flügel bedeutet hätte. Das war vor allem die Richtung der alten Zentrums Politiker. Das andere Konzept (nach dem dann die CDU als Volkspartei gegründet wurde), ging davon aus, dass einerseits die Rechte durch den Nationalsozialismus an Glaubwürdigkeit verloren hätte und die Linke andererseits so stark würde, dass die bürgerliche Gesellschaft als solche gefährdet wäre. Dieser Gefahr konnte nur durch eine Sammlung der gemäßigt-konservativen und sozialpolitisch engagierten Kräfte begegnet werden.

An Struktur und Programm ihrer Partei aus der Weimarer Republik konnten KPD und SPD am leichtesten anknüpfen. Für die Vertreter

---

<sup>4</sup> Befehl Nr. 1 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) über die Organisation der militärischen Administration zur Verwaltung der sowjetischen Okkupationszone in Deutschland (09.06.1945), nach Verordnungsblatt der Stadt Berlin 1945, 27-28 in: documentArchiv.de [http://www.documentArchiv.de/ddr/1945/smad-befehl\\_nr01.html](http://www.documentArchiv.de/ddr/1945/smad-befehl_nr01.html)

des alten Zentrums bestand jedoch aus den eben genannten Gründen die Notwendigkeit, die kirchliche Ausrichtung auf den (politischen) Katholizismus zu verlassen zugunsten einer prinzipiellen Verpflichtung auf die Werte einer christlich-sozialen Demokratie. Die aus diesen Überlegungen heraus gegründete CDU (mit der selbständigen bayerischen Schwesterpartei, der CSU) ist daher keine eigentliche Nachfolgepartei des Zentrum. Auch die Liberalen sahen sich genötigt, ihre Politik und ihr Programm neu zu definieren.

### Parteien in der sowjetischen Zone

Schon fünf Tage nach der Übernahme der obersten Regierungsgewalt ließ die SMAD in ihrem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 politische Parteien wieder zu, „*die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie*“ zum Ziel setzen<sup>5</sup>, obwohl sich die Alliierten zunächst auf eine schrittweise Einführung demokratischer Systeme in Deutschland geeinigt hatten. Bereits am nächsten Tag, dem 11. Juni, wurde die KPD neugegründet<sup>6</sup>, dann die SPD, am 26. Juni die CDU<sup>7</sup>, am 5.7. schließlich die LDPD als liberale Partei<sup>8</sup>.

In der sowjetischen Besatzungszone standen diese Parteien unter dem Druck der Besatzungsmacht und der von ihr favorisierten KPD. Schon im Juli 1945 mussten sie sich zur „*Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien*“ zusammenfinden, zu einem Block also, in dem die KPD die ideologische Führung übernahm. Kern dieser Ausrichtung war der „antifaschistische Kampf“, wobei antifaschistisch sehr schnell zu einem Synonym für kommunistisch und auch antipluralistisch wurde. Das System der „Blockparteien“ entsprach dem schein-pluralistischen System Ungarns und Polens und wurde dort 1989 aufgegeben; unter dem Eindruck der November-Revolution in der DDR im selben Jahr hatte auch das Blocksystem hier keine Zukunft mehr, die Parteien lösten sich schnell von der Vorherrschaft der SED.

---

<sup>5</sup> Weber, Bundesrepublik 1 S. 135. Nach Verordnungsblatt der Stadt Berlin 1945, S. 28 [http://www.documentArchiv.de/ddr/smad\\_bef02.html](http://www.documentArchiv.de/ddr/smad_bef02.html)

<sup>6</sup> Gründungsaufruf der KPD, 11.6.1945 Steininger, Deutsche Geschichte 1 S. 159.

<sup>7</sup> Aufruf der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, 26. Juni 1945, Weber, Bundesrepublik 1 S. 170ff.

<sup>8</sup> Aufruf der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, 5. Juli 1945, Weber, Bundesrepublik 1 S. 172ff.<sup>9</sup> Gründungsaufruf der KPD, 11.6.1945 Steininger, Deutsche Geschichte 1 S. 159, Die Welt nach 1945 S. 200ff.

Die Dominanz der Sowjets in ihrer Besatzungszone zeigte sich schon im Dezember 1945, als der CDU-Vorsitzende Andreas Hermes nach seiner Weigerung, die von den Sowjets geplante Bodenreform zu unterstützen, zum Rücktritt gezwungen wurde, und im April 1946, als sich KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei (SED) zusammenschlossen. Eine Gleichberechtigung beider Parteien in diesem neuen Bündnis bestand nur auf dem Papier, die entscheidenden Schlüsselstellungen behielt sich die KPD entweder vor oder wusste sie schnell selbst zu besetzen.

### **KPD**

Begünstigt durch die sowjetische Besatzungsmacht wurde als erste der Parteien in der sowjetisch besetzten Zone die KPD wiedergegründet (Befehl Nr. 2 der SMAD vom 11. Juli 1945). Die Führung der KPD übernahm die „Gruppe Ulbricht“, die mit der Roten Armee aus dem Moskauer Exil nach Deutschland zurückgekommen war; damit war bereits klar, dass diese Partei streng stalinistisch ausgerichtet sein würde und dass „nationalkommunistische“ Richtungen (wie etwa die der polnischen PPS in Polen) nicht zum Zuge kämen.

In ihrem Gründungsaufruf<sup>9</sup> wandte sich die KPD unter dem Eindruck der überwundenen Diktatur gegen jede Art der diktatorischen Regierung. Die Forderung nach einem „Sowjet-Deutschland“, wie sie noch in der Weimarer Zeit erhoben wurde, wurde zugunsten der *„Aufrichtung eines antifaschistischen demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“* fallen gelassen. Ausdrücklich betonte die KPD-Führung, dass es *„falsch wäre, ... Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, ... denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“*. Dieser Satz verschwand nach 1949 aus der offiziellen Parteigeschichte und wurde erst „wiederentdeckt“, als die DDR-Führung 1989 zunehmend in Gegensatz zum Reformkurs Gorbatschows geriet. Das Wirtschaftsprogramm der KPD enthielt die Forderung nach *„Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums“*.

Der Aufstieg der KPD vollzog sich unter starkem Einfluss der SMAD, der ihr sogar noch vor der Gründung als eigentliche Partei wichtige Schlüsselstellungen in den Verwaltungen verschaffte.

### **SPD**

Zu einer regulären Wiedergründung der SPD kam es zuerst am 11. 6. 45 in Berlin und in der Sowjetzone<sup>10</sup>. Bereits am 19. Juni wies das Zentralkomitee der KPD zwar Bestrebungen zur Einheit der sozialistischen Parteien zurück, legten aber den Entwurf einer Vereinbarung zur Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses vor, in dem auch ideologische Fragen im Hinblick auf eine spätere Vereinigung behandelt werden sollten<sup>11</sup>. Die SPD sah sich indessen durch die sowjetische Besatzungsmacht gegenüber den Kommunisten bald benachteiligt, musste sich schon bald nach ihrer Gründung in den „antifaschistischen Block“ unter Führung der Kommunisten einreihen und wurde im Juni 1946 mit der KPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ zwangsweise vereinigt<sup>12</sup>. Auf Grund der besonderen Situation Berlins blieb die SPD in Ost-Berlin bestehen, kam aber politisch nicht mehr zur Wirkung und löste sich 1961 auf. Am 8. Oktober 1989 wurde sie in der Illegalität als SDP, die sich in die Tradition der Sozialistischen Internationale stellen wollte, neugegründet und benannte sich am 13. 1. 1990 in bewusster Anlehnung an die SPD der Bundesrepublik in SPD um. Die Vereinigung mit der westdeutschen SPD wurde im Dezember 1990 vollzogen.

### **Parteien in den Westzonen**

Im Gegensatz zur Sowjetischen Militärregierung zögerten die westlichen Militärregierungen noch mit der Zulassung politischer Parteien. Mit den entsprechenden Erlassen in der amerikanischen und britischen Zone am 2. September und in der französischen Zone am 13. Dezember 1945 blieben diese Parteien aber noch auf ihre eigene Besatzungszone beschränkt.

### **SPD**

In allen vier Besatzungszonen begannen die alten Mitglieder der Sozialdemokratie sofort nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft mit dem organisatorischen Wiederaufbau der Partei, noch bevor Parteien überhaupt offiziell zugelassen waren. In den Westzonen war sie allerdings noch lange durch das Verbot der Besatzungsmächte auf lokale und regionale Parteiarbeit beschränkt. So wurde auf einer ersten Zusammenkunft des gerade aus dem KZ Buchenwald befreiten Kurt Schumacher mit Parteimitgliedern am 19.

---

<sup>10</sup> Aufruf des Zentralausschusses der SPD zum Neuaufbau der Organisation, 15. Juni 1945: Die Welt nach 1945, S. 204f.

<http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band3/e235g13.html>

<sup>11</sup> <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band3/e235g15.html>

<sup>12</sup> Mehr dazu im Kapitel „Von der Sowjetzone zur DDR“

April 1945, zehn Tage nach der Besetzung Hannovers, beschlossen, die SPD neu zu gründen<sup>13</sup>. Der Ortsverein Hannover der SPD wurde dann am 6. Mai 1945 auf einer Gründungsversammlung ins Leben gerufen<sup>14</sup>. Dieser hatte allerdings noch keinen rechtlichen Status, erst am 20. August 1945 wurde die Gründung des Ortsvereins bei der britischen Militärregierung beantragt<sup>15</sup>. Die Hannoversche Gruppe galt schnell als Keimzelle einer die Westzonen umfassenden Gesamtpartei<sup>16</sup>.

Die programmatische Diskussion innerhalb der SPD wurde ausgelöst durch den Anspruch Otto Grotewohls, von der Sowjetzone aus auf der Grundlage des radikalen marxistischen „Prager Programms“ von 1934 die Sozialdemokratie in ganz Deutschland zu vertreten. Das wies Kurt Schumacher, seit dem Mai 1946 Parteivorsitzender der SPD in den Westzonen, zurück. Von ihrem Programm her vertrat die SPD im Westen die Priorität der außen- und deutschlandpolitischen Orientierung, während das gesellschaftspolitische Konzept aus dem Heidelberger Programm von 1925 übernommen wurde. Zu den Kernforderungen der Sozialdemokraten in den Westzonen gehörte eine umfassende Sozialisierung der Grundstoffindustrie<sup>17</sup>. Diese sollte den Missbrauch der wirtschaftlichen Macht in der Politik durch den Monopolkapitalismus unmöglich machen und war daher für den Aufbau einer Friedensordnung, die nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich begründet sein sollte, notwendig.

Nach Schumachers Überzeugung sollte sich die Sozialdemokratie *„den Werten des europäischen Humanismus weit öffnen und einen Pluralismus der Motivation für die Entscheidung für diese Partei zulassen. Marxismus war unter diesen Voraussetzungen kein Dogma und kein Katechismus von Lehrsätzen mehr, sondern die Methode der ökonomischen Analyse und insofern ‚eine unentbehrliche Methode im Kampf um die Befreiung des arbeitenden Menschen‘“*<sup>18</sup>. Diese Hal-

<sup>13</sup> <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band2/e235f1489.html>

<sup>14</sup> <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band2/e235f1495.html>

<sup>15</sup> <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band3/e235g34.html>

<sup>16</sup> 23. Sept. 1945 - Eine Konferenz des sozialdemokratischen Parteibezirks Franken in Nürnberg bestätigt einen Beschluß der »Obmänner« vom 7. August, sich der in Hannover gebildeten »Gesamtpartei« anzuschließen. <http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band3/e235g52.html>

<sup>17</sup> Kurt Schumacher: Programmatische Erklärungen vom 5. Oktober 1945: Die Väter der Republik S. 166f. Politische Leitsätze der SPD vom Mai 1946: Ebd. S. 176ff.

<sup>18</sup> Helga Grebing: „Neubau“ statt „Wiederaufbau“ der SPD - die Lehren aus der Weimarer Republik. In: Kurt Schumacher und der „Neubau“ der deut-

tung war eine eindeutige und scharfe Abkehr vom Marxismus-Leninismus, und Schumacher wandte sich stets mit Entschiedenheit gegen Einheitspartei-Bestrebungen, die Kommunisten und Sozialdemokraten sowohl im Westen als auch im Osten in einer gemeinsamen Partei vereinigen sollten. Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Zone lehnte er daher strikt ab, was ihm zunächst – und dann auch viel später wieder – den Ruf einbrachte, die Spaltung Deutschlands in der Spaltung der Partei vorweggenommen zu haben. Freiheit und Selbstbestimmung waren für Schumacher höhere Ziele als eine mehr oder weniger erzwungene Einheit der Arbeiterklasse. Dass indessen gerade die von der KPD betriebene Verschmelzungskampagne die Einheit Deutschlands gefährde, sah schon Otto Grotewohl im November 1945 voraus<sup>19</sup>.

Die Formierung der SPD wurde im Westen nicht einfach als Wiedergründung der Partei aus Weimarer Tagen gesehen – im Gegensatz zu Otto Grotewohl, der in Berlin formuliert hatte: *„Wir sind keine neue Partei, sondern wir setzen unsere alte Partei fort.“*. Dafür waren einerseits die Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 zu präsent, dafür waren aber auch die lokalen Ansätze zu vielgestaltig, denen indessen *„der mehr oder weniger stark vorhandene Wille zur pluralistischen Öffnung und ein deutlicher antikapitalistischer Zug“* gemeinsam waren<sup>20</sup>.

### CDU/CSU

Erste Initiativen zur Gründung einer interkonfessionell-christlichen Partei gingen von ehemaligen Angehörigen des Zentrum und der christlichen Gewerkschaften aus, die eine Neugründung des Zentrum wegen dessen einseitiger Ausrichtung auf den politischen Katholizismus ablehnten. Die neue Partei, deren Namen schon am 16. 6. 1945 in der sowjetischen Besatzungszone mit der Gründung der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“ (CDUD)<sup>21</sup> vorgegeben war,

---

schen Sozialdemokratie nach 1945 : Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13. Oktober 1995 / hrsg. von Dieter Dowe. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Historisches Forschungszentrum. - Bonn, 1996. <http://library.fes.de/fulltext/historiker/00574006.htm#LOCE9E6>

<sup>19</sup> 11. Nov. 1945, O. Grotewohl auf einer Feier des Zentralausschusses zur Feier der Novemberrevolution 1918  
<http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/band3/e235g74.html>

<sup>20</sup> Helga Grebing: „Neubau“ ...  
<http://library.fes.de/fulltext/historiker/00574006.htm#LOCE9E6>

<sup>21</sup> Aufruf der Christlich-Demokratischen Union an das deutsche Volk, 26. 6. 1946: Die Väter der Republik S. 145

verstand sich von vorneherein als Sammlungspartei, die aus dem demokratischen Prinzip heraus gegen alle politischen und geistigen Strömungen, die als unchristlich bezeichnet wurden, angehen sollte. Sie war offen für verschiedene bürgerliche Strömungen und nahm auch Teile der Liberalen auf, grenzte sich aber von vorneherein von den Linksparteien ab. Unterstützung fand der Gründerkreis der CDU in der katholischen Bischofskonferenz, die eine Wiedergründung des Zentrum als politische Organisation des Katholizismus ablehnte, und bei der Konferenz der Evangelischen Landeskirchen in Deutschland. Beide befürworteten die konfessionsübergreifende Zusammenarbeit. Auch in den Westzonen entstand gleichzeitig eine Initiative unter dem Namen Christliche Demokraten<sup>22</sup>.

In der Organisation der Partei im Westen übernahm bald der **nordwestdeutsche Zonenverband** (britische Zone), in dem sich schon 1946/47 Konrad Adenauer durchsetzte, eine führende Rolle. Er änderte im Dezember 1945 seinen Namen von „Christlich-Demokratische Partei“ (CDP) in „Christlich-Demokratische Union“. In Rheinland-Pfalz bildete sich erst im Februar (als CDP), in Niedersachsen im Juni 1947 ein Landesverband, in Südbaden bezeichnete sich seit November 1947 die dortige „Badische Christlich-Soziale Volkspartei“ (BCSV) als CDU-Landesverband. Auf Grund der besonderen Entwicklung des Landes Baden-Württemberg kam es hier erst nach fast zwanzigjähriger Diskussion 1971 zur Gründung eines baden-württembergischen Landesverbandes.

Angesichts der ungebrochenen staatlichen und politischen Kontinuität Bayerns konnte die Diskussion, ob Wiedergründung der Bayerischen Volkspartei (BVP) oder Neugründung einer überkonfessionellen Sammlungspartei, nur zur Gründung einer eigenständigen bayerischen Partei führen, die sich, wie die CDU, als Gegenpol zur Sozialdemokratie empfand, allerdings eine deutlich konservativere Prägung hatte. Die bereits im September 1945 konzipierte „Christlich-Demokratische Volkspartei in Bayern“ erhielt bei ihrer Gründung am 13. Oktober 1945 den Namen „Christlich-Soziale Union“<sup>23</sup>, trat zwar im Februar

---

<sup>22</sup> Kölner Leitsätze der Christlichen Demokraten, Juni 1945 Steininger, Deutsche Geschichte 1 S. 115f., Weber, Bundesrepublik 1 S. 174ff.

Zur Geschichte der CDU Kleine Geschichte der CDU. Hg. v.d. Konrad-Adenauer-Stiftung, Redaktion Felix Becker. Stuttgart: DVA, 1995 und [http://www.kas.de/archiv/acdp/484\\_webseite.html](http://www.kas.de/archiv/acdp/484_webseite.html), auch <http://www.cdu.de/politik-a-z/cdu/zeittafel.html>

<sup>23</sup> Grundsatzprogramm der CSU von 1946. Die Väter der Republik S. 151ff., Weber, Bundesrepublik 1 S. 180ff. Die CSU unter <http://www.csu.de>. Wahl-



1947 der „Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU Deutschlands“ bei, lehnte aber im Januar 1948 den Zusammenschluss mit den anderen Unionsparteien ab. In der ersten Landtagswahl am 1. Dezember 1946 gewann die CSU 52,3% der Stimmen und wurde stärkste Partei, verlor aber nach innerparteilichen Flügelkämpfen und unter der Konkurrenz der Bayernpartei<sup>24</sup> und kam 1950 nur noch auf 27,4%. Erst 1958 konnte sie mit 45,6% wieder stärkste politische Kraft in Bayern werden.

### **FDP**

Die Neugründung einer liberalen Partei in Deutschland nach dem Krieg musste versuchen, die traditionelle Spaltung des Liberalismus in rechts (DVP der Weimarer Republik) und links (DDP bzw. DSP) zu überwinden. Die Neuorganisation des Liberalismus stand allerdings unter dem Eindruck des Wechsels vieler liberaler Politiker zur CDU oder zur SPD.

In Württemberg war die liberale Parteitraktion am lebendigsten, hier konnte unmittelbar an die Organisation der „Demokratischen Volkspartei“ (DVP, in der Weimarer Republik in die DDP eingegliedert) angeknüpft werden; der Name der DVP lebt noch in der Bezeichnung des baden-württembergischen Landesverbandes der FDP (FDP/DVP) und in der Institution des Dreikönigstreffens (Gründung der Partei am 6. 1. 1866) fort.

Die Liberalen standen von Anfang an vor der Schwierigkeit, neben den Christdemokraten eine bürgerliche Sammlungspartei zu installieren. Was am meisten trennte, war der konfessionelle Standpunkt der CDU. Aus diesem Grund gab es sowohl in Südbaden als auch in Südwürttemberg und in Bremen Bestrebungen, eine Gesamtpartei des Bürgertums zu bilden. Während im Süden jedoch schon deren Gründung scheiterte, schied im Juni 1946 ein christlich-demokratischer Flügel aus der Bremisch-Demokratischen Volkspartei (BDV) aus und gründete die Bremer CDU. Hier bildete sich neben der BDV im selben Monat auch die betont linksliberale FDP. BDV und FDP bildeten ab 1947 eine gemeinsame Fraktion, schlossen sich dann zusammen, die BDV benannte sich aber erst 1952 offiziell in FDP um. In Hessen verstand sich dagegen die Liberal-Demokratische Partei (LDP) als rechte Alternative zur hier besonders progressiven CDU.

Im Januar 1946 vereinigten sich die verschiedenen liberalen Parteien in der britischen Besatzungszone zur Freien Demokratischen Partei

---

plakate aus dem Jahr 1946 bei der Hans-Seidel-Stiftung

<http://www.hss.de/2145.shtml>

<sup>24</sup> <http://www.bayernpartei.org/bayernpartei.htm>

(FDP)<sup>25</sup>. Gemeinsame Organisation der liberalen Parteien in ganz Deutschland wurde zunächst die im März 1947 gegründete „Demokratische Partei Deutschlands“, die allerdings wegen der Teilnahme der LPD in der Sowjetzone am „Deutschen Volkskongress“ auseinanderbrach. Der Gründungsparteitag der FDP<sup>26</sup> als Gesamtpartei in den Westzonen wurde dann im Dezember 1948 in Heppenheim, dem Ort des Heppenheimer Programms von 1847, unter Vorsitz von Theodor Heuß, dem nachmaligen Bundespräsidenten, abgehalten. Die Spaltung des Liberalismus wurde in die Partei hinein verlagert, die linksliberalen Strömungen vertraten vor allem die süddeutschen Landesverbände, während in Hessen und Nordrhein-Westfalen die FDP zum Sammelbecken der Kräfte rechts von der CDU werden sollte.

### **Zentrum**

Das Zentrum (Deutsche Zentrums-Partei) war seit seiner Gründung 1870 die Partei des politischen Katholizismus, wobei besonders in der Weimarer Republik zum konservativen Element sozialreformistische und gewerkschaftlich orientierte Gruppen hinzutraten. Bereits seit 1920 wurde in einem Kreis um den christlichen Gewerkschaftsführer Adam Stegerwald und den späteren Reichskanzler Heinrich Brüning der Gedanke diskutiert, das Zentrum in seiner ausgeprägt katholischen Formierung aufzugeben zugunsten einer christlich orientierten, aber interkonfessionellen Partei, die im Parteienspektrum mitte-rechts anzusiedeln war.

Bei der Wiedergründung des Zentrum 1945 stand die Auffassung im Vordergrund, die „linken“ Traditionen des Zentrum gegen die „rechten“ Kräfte aus dem alten Zentrum und dem rechten politischen Protestantismus, die sich in der CDU vereinigt hätten, zu organisieren. Die schnelle Gründung der CDU indessen entzog dem Zentrum die Basis sowohl an Vertretern der Politik als auch an Wählern. Das Zentrum musste daher schon mit seiner Wiedergründung am 14. 10. 1945 mit der stärkeren CDU konkurrieren, ohne dieser ein ausreichend eigenes Profil entgegenzusetzen zu können. Die Hinwendung des katholischen Klerus zur CDU entzog ihr vollends die notwendige Massenbasis.

### **Deutsche Partei (DP)**

---

<sup>25</sup> Programmatistische Richtlinien der Freien Demokratischen Partei vom 4. Februar 1946: Väter der Republik S. 161ff.

<sup>26</sup> <http://www.fdp-bundesverband.de/grundsatzliches/geschichte.phtml>

Die Deutsche Partei, die von 1949 bis 1960 Koalitionspartner der CDU/CSU bei der Regierungsbildung war, geht in ihren Ursprüngen zurück auf die Deutsch-Hannoversche Partei, die nach 1870 von einer konservativen Position her die Bismarcksche Reichsgründung und die preußische Annexion Hannovers (1866) ablehnte („Welfen“). Sie war vor allem eine regional wirksame Partei, die auch in der Weimarer Republik in der Reichspolitik nicht besonders in Erscheinung trat und in ihrem niedersächsischen Kerngebiet 1932 nur noch 2,5 % der Stimmen erhielt. Nach 1945 schien die Zeit gekommen, die regionalistischen und antipreußischen Grundlagen der Partei auf den gesamten nordwestdeutschen Raum auszudehnen. So wurde im März 1946 die „Niedersächsische Landespartei“ (NLP), gegründet von ehemaligen DHP-Mitgliedern, für die gesamte britische Besatzungszone lizenziert. Sie vertrat christlich-konservative, föderalistische und mittelständisch-privatwirtschaftliche Positionen. Damit konnte sie sich aber nicht gegen die CDU durchsetzen, die bereits eine breite Basis in allen Zonen hatte.

Nach den Niedersächsischen Landtagswahlen 1947, die die NLP immerhin zur zweitstärksten Fraktion machten, wurde die Partei in „Deutsche Partei“ (DP) umbenannt und auf das gesamte Gebiet der Westzonen ausgedehnt. Dabei nahm sie vor allem in Norddeutschland Ortsgruppen der „Deutschen Konservativen Partei – Deutsche Rechtspartei“ auf. Nach der Bundestagswahl 1949 brauchte die CDU/CSU einen Koalitionspartner und fand ihn in der DP, mit der schon vorher regionale Wahlbündnisse geschlossen worden waren; so bestand auch 1950–1955 in der „Niedersächsischen Union“ ein Wahlbündnis zwischen CDU und DP.

In der Folge konnte sich die DP als Bürgerblockpartei nicht mehr gegen die CDU durchsetzen, suchte weiter rechts ein neues Profil und blieb im wesentlichen auf Niedersachsen beschränkt. Die Differenzen innerhalb der verschiedenen Gruppierungen in der DP (Anlehnung an die CDU, Niedersächsische Landespartei) und die zunehmenden Schwierigkeiten, über die 5 %-Hürde zu kommen, ließen die DP schließlich in der CDU aufgehen.


## **Im Zeichen des Kalten Krieges: Der Neuaufbau des politischen Lebens**

### **Kommunal- und Landtagswahlen**

Grundlage der politischen Neuordnung war die Einführung der demokratischen Prinzipien von Wahl und Verantwortung, zunächst auf der

untersten Ebene, der Ebene der Gemeinden und Kreise. Bereits unmittelbar nach ihrem Einmarsch hatten die Alliierten die nationalsozialistischen Amtsträger abgesetzt und, sofern sie nicht geflohen oder untergetaucht waren, verhaftet. Während die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone die Schlüsselstellungen mit Kommunisten besetzte, die z. T. mit der „Gruppe Ulbricht“ aus der Sowjetunion kamen, gingen die Amerikaner und Briten nach einer „White List“ der vertrauenswürdigen Personen vor. Auch die Stadtverordnetenversammlungen und Gemeinderäte wurden zunächst auf diese Weise besetzt. Auf dieser Grundlage sollte dann nach den Vorstellungen der Alliierten die öffentliche Gewalt in Deutschland von den Gemeinden und Kreisen ausgehend über die Länder und zonenübergreifend schließlich im größtmöglichen Rahmen wieder an deutsche Stellen übergeben werden. Nach der Änderung oder dem Ersatz der Deutschen Gemeindeordnung von 1935 fanden in allen Zonen 1946 erstmals seit 1933 wieder – unter Beteiligung der neugegründeten Parteien – freie Wahlen zu Gemeinde- und Kreisvertretungen statt. Die gewählten Organe übernahmen die Verwaltungen und lösten die von den Besatzungsmächten eingesetzten Bürgermeister und Landräte entweder ab oder bestätigten sie in ihrem Amt. Das Ergebnis der Kreistagswahl der britischen Zone vom Oktober 1946 z. B. brachte die CDU dieser Zone dazu, von der Besatzungsmacht eine stärkere Beteiligung in Zonenbeirat zu fordern.

Wiederaufbau des politischen Lebens in den drei Westzonen		
Einführung demokratischer Prinzipien	schrittweise Zulassung von politischen Parteien, zunächst auf lokaler und regionaler Ebene, dann innerhalb der Besatzungszonen, schließlich die drei westlichen Zonen übergreifend	
	Abhaltung von Wahlen zunächst zu den kommunalen Parlamenten (Gemeinderat, Stadtrat), dann den regionalen (Kreistag) und schließlich den Landesparlamenten.	
Wiedereinführung des Föderalismus	Zerschlagung Preußens	
	Neuordnung von Ländern entlang der Zonengrenzen	

	Zuweisung von Kompetenzen an die Landesregierungen im Hinblick auf einen künftigen Staatsaufbau	
Aufbau staatlicher Strukturen	Nach Erkenntnis der Unmöglichkeit einer gesamtdeutschen Organisation Entschluss zur staatlichen Organisation „des größtmöglichen Teils“	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Zone zur Bizone, Einführung zentraler Verwaltungsinstanzen</li> <li>• Londoner Deutschlandkommuniqué (7.6.1948) mit Leitlinien für die staatliche Entwicklung</li> <li>• Frankfurter Dokumente (1.7.1948) mit dem Auftrag zur Ausarbeitung einer Verfassung</li> <li>• Einberufung eines Parlamentarischen Rats (26.7.1948)</li> <li>• Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee (August 1948)</li> <li>• Konstituierung des Parlamentarischen Rats in Bonn (1.9.1948)</li> </ul> <p>Verabschiedung des Grundgesetzes (8.5.1949)</p>	
Wirtschaftlicher Wiederaufbau	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einstellung der Demontagen</li> <li>• Verzicht auf Reparationen</li> <li>• Wirtschaftliche Einheit der Bizone</li> <li>• Marshallplan-Hilfe</li> <li>• Förderung Marktwirtschaftlicher Prinzipien</li> </ul>	

*Tabelle: Der Wiederaufbau des politischen Lebens in den Westzonen*

Mit der Bildung der Länder und der Ausarbeitung von Landesverfassungen konnte auch diese Ebene demokratisch strukturiert werden; im Lauf der Jahre 1946 und 1947 fanden dann in allen Zonen Landtagswahlen statt, auf deren Basis auch die Länderregierungen demokratisch organisiert werden konnten.

### **Die Errichtung einer deutschen Verwaltungsstruktur**

Bereits im September 1945 richtete die SMAD elf „Zentralverwaltungen“ ein. Sie koordinierten die Gesetzgebung der Länder und nahmen unter der Kontrolle der SMAD immer mehr Hoheitsbefugnisse in Anspruch. Das Verhältnis zwischen Landesregierungen und Zentralverwaltungen komplizierte sich nach den Landtagswahlen von 1946, da die Länder jetzt demokratisch legitimiert, die Zentralverwaltungen aber autoritär eingesetzt und nicht parlamentarisch kontrolliert waren. Sowohl die Zentralverwaltungen als auch die Landesregierungen standen aber unter starkem Einfluss der SMAD, hier durch den Einfluss der KPD bzw. SED und der von ihr verfolgten „Blockpolitik“, dort durch die unmittelbare Unterordnung unter die Besatzungsmacht. Die Benennung dieser „Zentralverwaltungen“ lässt ebenso wie die Gründung von Parteien, die im Namen ausdrücklichen Bezug auf Gesamtdeutschland nehmen, die Zielrichtung der sowjetischen Politik auf Einfluss in ganz Deutschland erkennen.

Die britische Militärregierung verfolgte eine ähnliche Politik, da sie – im Unterschied zu den Amerikanern – das zentralstaatliche Prinzip stärker betonen wollten und in der föderalistischen Struktur nur einen Ausgleich zur zentralen Macht sahen. Nachdem sich die britische Militärregierung aus der unmittelbaren Verwaltung auf den Ebenen der Gemeinden und Kreise zurückgezogen hatte, erhielten auch die inzwischen (durch die Landtagswahlen) parlamentarisch legitimierten Länderspitzen legislative und exekutive Befugnisse.

Während die Länder aber keine Kompetenzen erhielten, die nicht schon die Länder der Weimarer Republik hatten, wuchsen die neugeschaffenen Zonenzentralämter (ZZÄ) immer mehr zu selbständigen deutschen Stellen mit Zuständigkeit für die gesamte britische Zone heran. Sie waren ursprünglich unselbständige Hilfsorgane zur fachlichen Beratung der britischen Hauptabteilungen und wurden von deutscher Seite nicht kontrolliert.

Parallel dazu richtete die britische Militärregierung einen Zonenbeirat mit Sitz in Hamburg ein (bekanntgegeben durch General Robertson am 11./12. Dezember 1945, gebildet am 6. März 1946)<sup>27</sup>. Er bestand

---

<sup>27</sup> Zonenbeirat - Zonal Advisory Council. Protokolle und Drucksachen 1946-1948. Band 9/I 1.-11. Sitzung 1946/47. Bearbeitet von Gabriele Stüber. 2 Halbbände. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Im Auftrag der Kommission für Geschichte und Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe, Deutschland seit 1945, herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz. Droste Verlag, Düsseldorf 1993/1994. Für Hans-Peter Schwarz war der Zonenbeirat nur eine Veranstaltung, die „nach dem bewährten Muster

aus 27 Persönlichkeiten – neben den Länderchefs die Führer der Parteien, britische Offiziere und von der Militärregierung ausgewählte Deutsche – und hatte lediglich beratende Funktion in Sachfragen, die ihm die Besatzungsmacht zuwies. Trotz seiner eng gesteckten Kompetenzen hatten in ihm mit Konrad Adenauer<sup>28</sup> und Kurt Schumacher bereits die beiden Männer dominierendes Gewicht, die dann auch den Parlamentarischen Rat und den Bundestag der neu gegründeten Bundesrepublik prägen sollten.

### **Die Wende in der britisch-amerikanischen Politik**

Die Lage der deutschen Bevölkerung verschärfte sich durch den strengen Winter 1945/46 erheblich, Nahrungsmittel- und Energieversorgung drohten zusammenzubrechen. Da zur gleichen Zeit auch Großbritannien und Frankreich unter erheblichen Engpässen in der Versorgung litten, musste vor allem die wirtschaftliche Konsolidierung Deutschlands energisch vorangetrieben werden. Dennoch ging die Demontage von Industrieanlagen, besonders in der Sowjetzone, aber auch im Westen, weiter. Eine Lösung dieses Problems, die vor allem Hilfen der USA in Milliardenhöhe überflüssig machen konnte, sah der US-Militärgouverneur Lucius D. Clay in der raschen Herstellung der (im Potsdamer Protokoll vorgesehenen) wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, die die Errichtung deutscher Zentralinstanzen voraussetzte. Dieses Ziel ließ sich aber gegen die Bestrebungen Frankreichs und der Sowjetunion nicht erreichen.

Gleichzeitig mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatte sich aber auch schon der Eindruck von einer kompromisslosen, auf Sicherung ihres Einflussgebietes gerichteten Politik der Sowjetunion verstärkt. Im März 1946 hatte Churchill in einer Rede in Fulton das schon im Mai 1945 geprägte Wort von der „*iron screen*“ für die sowjetische Politik aufgegriffen und als „*iron curtain*“, als „Eisernen Vorhang“, interpretiert, den Stalin entlang der Grenze seines Einflussbereiches niedergelassen habe<sup>29</sup>. In der Politik der Alliierten in Richtung auf ei-

---

*beratender Versammlungen von Vertretern der Eingeborenen“* abgehalten wurde. Rez. FAZ 15.1.1996

<sup>28</sup> Hans-Peter Schwarz: "Anmerkungen zu Adenauer". Deutsche Verlags-Anstalt, München 2004. Nach Rez. FAZ 6.10.2004 „*die Summe*“ der zahlreichen Arbeiten Schwarz' über Adenauer. „*Dies allerdings in einem brillanten Essay mit höchstem Lesevergnügen*“.

<sup>29</sup> Vollständiger Text <http://www.townhall.com/documents/sinews.html>. Auszüge im Modern History Sourcebook: Winston S. Churchill: "Iron Curtain Speech", 5. März 1946 <http://www.fordham.edu/halsall/mod/churchill->

ne neue Staatlichkeit der Westzonen folgte daher die britische der amerikanischen Regierung. Bereits im Juli 1946 forderte der amerikanische Außenminister Byrnes Großbritannien und Frankreich auf, ihre Zonen mit der US-Zone zu vereinigen, um die wirtschaftliche Stabilisierung voranzutreiben. Dieses Angebot nahm aber nur die britische Regierung an, die beiden Besetzungszonen wurden zum 1. 1. 1947 zur „Bi-Zone“ zusammengeschlossen.

Auf die kompromisslose sowjetische Haltung in der Deutschlandfrage, die jede Einigung im Kontrollrat verhinderte, ist es zurückzuführen, dass am 25. Mai 1946 die Reparationslieferungen aus den Westzonen an die Sowjetunion eingestellt wurden. Die Abkehr von der Priorität der wirtschaftlichen (und politischen) Einheit Deutschlands markiert die Rede, die US-Außenminister **Byrnes** am 6. September 1946 in Stuttgart vor dem Länderrat der amerikanischen Zone hielt. Er erklärte darin, dass die USA zwar die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit als unbedingt notwendig ansähen, dass sie aber als Alternative, „*wenn eine völlige Vereinigung nicht geschaffen werden kann*“, die „*größtmögliche Vereinigung*“ anstreben würden. Diese Erklärung richtete sich aber außer an die Sowjetunion auch an Frankreich, das sich noch gegen die diesbezüglichen Beschlüssen der Potsdamer Konferenz sperrte.

James F. Byrnes hatte den amerikanischen Militärgouverneur, General Lucius D. Clay, mit der Abfassung der „**Stuttgarter Rede**“ oder „**Speech of Hope**“, beauftragt und sah darin vor allem eine Gegenposition zum Angebot des sowjetischen Außenministers Molotov zur Errichtung eines einheitlichen deutschen Staates, das dieser am 10. Juli 1946 in Paris vorgelegt hatte. Sie markiert weniger einen Wendepunkt in der amerikanischen Besatzungspolitik als vielmehr die feste Entschlossenheit der USA, nicht noch mehr Zeit bis zum Wiederaufbau Deutschlands verstreichen zu lassen. Sein Wort von der „*größtmöglichen Vereinigung*“, die anzustreben sei, bezog sich noch auf die wirtschaftliche Vereinigung, die er auf der Pariser Konferenz mit einer ausdrücklichen Einladung an die anderen Besatzungsmächte angeboten hatte. Nachdem aber sowohl Frankreich als auch die Sowjetunion das Angebot abgelehnt hatten, war die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und der britischen Zone nach einer Übereinkunft zwischen den USA und Großbritannien vom 30. Juli beschlossene Sache.

Byrnes erklärte aber im weiteren Verlauf der Rede, dass die USA „*für die baldige Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung*“ einträ-



ten, die „*nicht von anderen Regierungen ausgesucht werden*“, sondern „*aus einem deutschen Nationalrat*“ bestehen solle. Er bekräftigte weiter den vorläufigen Charakter im Status der an Polen und die UdSSR zur Verwaltung übertragenen deutschen Ostgebiete und erteilte Bestrebungen, vor allem von Seiten Frankreichs, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen, wie auch allen Versuchen, „*Ruhrgebiet und Rheinland – unmittelbar oder mittelbar – einer politischen Beherrschung oder politischen Manipulationen seitens ausländischer Mächte*“ zu unterwerfen, eine klare Absage. Hier war neben Frankreich auch wieder die Sowjetunion der Adressat<sup>30</sup>.

Auf Byrnes' Aussagen bezüglich des Vorbehalts, dass erst eine Friedenskonferenz die polnische Westgrenze festlegen könne, reagierte der sowjetische Außenminister Molotow scharf und fragte nach der grundsätzlichen Glaubwürdigkeit der britischen und amerikanischen Politik<sup>31</sup>.

### **Das „Vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ (Bi-Zone)**

Unter dem Eindruck sowohl der europäischen Entwicklung als auch der Schwierigkeiten, die der Kontrollrat bei seiner Arbeit hatte, ging die amerikanische Regierung zügig an den Ausbau der Westzonen zu einer neuen Staatlichkeit. Den Wendepunkt in der britisch-amerikanischen Politik markiert dabei die bereits erwähnte Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes (7. 9. 1946).

Das am 2. Dezember 1946 unterzeichnete Abkommen zur Zusammenlegung und gemeinsamen Verwaltung der britischen und amerikanischen Zone<sup>32</sup> trat zum 1. 1. 1947 in Kraft. Es hatte zum Ziel, bis 1949 die wirtschaftliche Selbständigkeit der beiden Zonen zu erreichen, den

---

<sup>30</sup> Die Rede deutsch und engl. in: Rede der Hoffnung. 50. Jahrestag. Hg. von Landtag und Landesregierung von Baden-Württemberg, Landeshauptstadt Stuttgart, James-F.-Byrnes-Institut Stuttgart. 1996. Die Welt nach 1945 S. 91. Dt. Text Online unter <http://www.lpb.bwue.de/publikat/byrnes3.htm>.  
Auszüge  
[http://www.bpb.de/publikationen/02688955614709615155410546879581.1.0.OstWestKonflikt\\_und\\_deutsche\\_Teilung.html#art1](http://www.bpb.de/publikationen/02688955614709615155410546879581.1.0.OstWestKonflikt_und_deutsche_Teilung.html#art1).  
Engl. Text  
<http://www.ena.lu/europe/pioneering/address%20james%20byrnes%20stuttgart%20september%201946.htm>. Auszüge Basic Documents 1941-49 S. 522ff.

Ansprache des amerikanischen Außenministers Warren Christopher zum 50. Jahrestag <http://usa.usembassy.de/etexts/ga7-960906.htm>.

<sup>31</sup> Die Welt nach 1945 S. 98ff.

<sup>32</sup> Basic Documents 1941-49 S. 528ff. Vorwort in: Die Welt nach 1945 S. 105

anderen beiden Besatzungsmächten sollte der Beitritt offenstehen. Sachgebiete der Zusammenarbeit waren Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Finanzen und das Postwesen. Für die praktische Arbeit wurden deutsche Verwaltungsbehörden in Form von Verwaltungsräten gebildet, denen die Länder-Fachminister der US-Zone und deutsche Beauftragte der britischen Militärregierung angehörten. Legislative Funktionen hatten diese Räte noch nicht, die mit Stimmenmehrheit gefassten Beschlüsse waren von den Ländern einzeln als Gesetze oder Verordnungen zu erlassen.

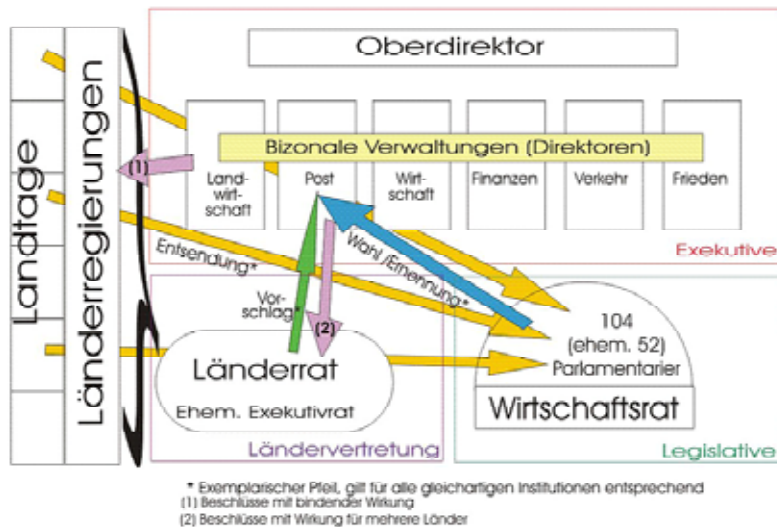
Gegen die Vereinigung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone zur „**Bi-Zone**“ am 1. 1. 1947 protestierten die Sowjets und Frankreich, allerdings aus unterschiedlichen Motiven.

### **Der Frankfurter Wirtschaftsrat**

Unter dem Eindruck der mangelnden Funktionsfähigkeit dieser Verwaltungsräte wurde im Mai 1947, nachdem die Moskauer Außenministerkonferenz keine Ergebnisse hinsichtlich einer gemeinsamen Deutschlandpolitik gebracht hatte, die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes neu organisiert<sup>33</sup>. Für die Belange der Bi-Zone wurden zonen- und länderübergreifende Verwaltungsstellen errichtet, an deren Seite im Sommer 1947 ein „Wirtschaftsrat“ mit Kompetenzen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik trat. Seine 52 Abgeordneten wurden von den Landtagen delegiert. Die Regierungen der Länder waren an die Beschlüsse des Wirtschaftsrates gebunden. Daneben bestand ein Exekutivrat, der die Beschlüsse des Wirtschaftsrates, sofern sie mehr als ein Land betrafen, durchführte, Durchführungsbestimmungen erließ und generell die Tätigkeit der bizonalen Verwaltung koordinierte.

---

<sup>33</sup> Abkommen über die Neugestaltung der bizonalen Wirtschaftsverwaltung, 29. Mai 1947: Die Welt nach 1945 S. 105f.



*Grafik: Die Verwaltungsorgane des Vereinigten Wirtschaftsgebiets (Bi-Zone) nach der Reform im Januar 1948*

Der Wirtschaftsrat hatte schon eine gewisse parlamentarische Struktur – CDU/CSU und SPD stellten jeweils 20 Abgeordnete, vier die Liberalen, drei die Kommunisten und je zwei das Zentrum, die DP und die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV) – und verfügte über bestimmte gesetzgeberische Befugnissen auf den Gebieten Verkehr und Post (ausschließliche Befugnis) sowie Wirtschaft, Handel, Industrie und Finanzen, später noch auf dem Gebiet der Arbeit (grundsätzliche Befugnis).

In diesem Wirtschaftsrat ging im Juli 1947 die **SPD** in die **Opposition**, da sie ihren Kandidaten für den Posten des Direktors der Wirtschaftsverwaltung, den niedersächsischen Wirtschaftsminister Alfred Kubel, nicht gegen die bürgerliche Mehrheit durchsetzen konnte. Sie blieb auch nach der Reform des Wirtschaftsrats im folgenden Jahr, im Parlamentarischen Rat und im ersten Bundestag der Bundesrepublik in der Opposition.

Anfang 1948 wurde diese Organisation der Bi-Zone noch einmal umstrukturiert. Der **Wirtschaftsrat** wurde auf 104 Mitglieder erweitert, der Exekutivrat wurde durch einen Länderrat ersetzt, dem je zwei Mitglieder der acht Landesregierungen angehörten und der das Recht zur Gesetzesinitiative und zur Prüfung von Gesetzen erhielt; die exekutiven Befugnisse des alten Exekutivrates gingen auf einen gleich-

falls neugebildeten Verwaltungsrat über. Damit hatte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet eine halbstaatliche Organisation gewonnen, die aus einer Zwei-Kammer-Legislative und einer Regierung bestand.

Die **politische Struktur der Repräsentanz** der Bi-Zone entsprach in ihren Grundzügen bereits der der späteren Bundesrepublik mit Bundestag, Bundesrat und der Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen. Diese waren klar verteilt: den sechs Bereichen des Wirtschaftsrates standen die ausschließlichen Kompetenzen der Länder für Justiz, Kultur und Inneres gegenüber, die Ressorts Verteidigung und Außenpolitik fehlten, sie waren den Besatzungsmächten vorbehalten. Das Verhältnis von Föderalismus und Zentralismus, wie es hier bereits angelegt wurde, ist gleichzeitig ein Kompromiss zwischen den amerikanischen Vorstellungen von einer starken Position der Länder und den britischen Vorstellungen von einer Betonung der Zentralgewalt.

#### **Die Formulierung einer neuen Wirtschaftspolitik**

Die Erfahrungen mit der Großindustrie und ihrer beherrschenden Rolle in der nationalsozialistischen Zeit ließen eine Beibehaltung des klassischen liberalen kapitalistischen Systems nach dem Krieg unmöglich erscheinen. Auf der anderen Seite zeigte sich aber auch in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, dass staatlicher Dirigismus nicht dem Ideal einer freiheitlichen Demokratie entsprach. Drittens war ein Weg zu finden aus der staatlichen Zwangsbewirtschaftung heraus, die zwar aus der Not der Nachkriegszeit entstanden war, aber bei mangelnden Leistungsanreizen keine durchgreifenden wirtschaftlichen Erfolge versprechen konnte.

Nachdem die Wirtschaftskontrollbestimmungen des Potsdamer Protokolls reine Absichtserklärung geblieben waren, hatten die großen Parteien SPD und CDU noch eigene Sozialisierungspläne aufgestellt: Das Ahlener Programm der CDU Nordrhein-Westfalens vom Februar 1947 forderte eine Vergesellschaftung des Kohlebergbaus und der Eisenindustrie, Kontrollen im Finanzsektor und Kartellgesetze<sup>34</sup>; die SPD ging in ihrem im Mai 1946 in Hannover verabschiedeten Parteiprogramm noch weiter und forderte umfangreiche staatliche Planung in Produktion und Investition<sup>35</sup>.

Diese Absichten trafen sich zwar noch mit Absichten der britischen Regierung, bestimmte Bereiche der Grundstoffindustrie zu verstaatlichen, standen aber im Gegensatz zu den amerikanischen Bemühungen

---

<sup>34</sup> Weber, Bundesrepublik 2 S. 251ff

<sup>35</sup> Victor Agartz: Sozialistische Wirtschaftspolitik, Referat auf dem SPD-Parteitag in Hannover im Mai 1946: Weber, Bundesrepublik 2 S. 254ff.

zum schnellen wirtschaftlichen Aufbau der Westzonen. Letztlich verhinderte deshalb General Clay die Aufnahme eines Artikels, der die Sozialisierung der Schlüsselindustrien beabsichtigte, in die Hessische Verfassung. Privatbesitz und freie Unternehmerinitiative schienen der amerikanischen Regierung die besten Garanten für die Schaffung wirtschaftlicher Stabilität, die dem Kommunismus trotzen konnte.

Dazu kommt, dass die Erfahrungen der ostdeutschen CDU mit der Sowjetisierungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone, die Ende 1947 zum erzwungenen Rücktritt Jakob Kaisers und zu seiner Flucht nach West-Berlin führten, in den Westzonen die Aversion gegen sozialistische Systeme schürten und die Hinwendung zum Westen förderten.

Für die Durchführung einer solchen Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus unter freiheitlichen Vorzeichen erschien den Amerikanern der promovierte Volkswirt **Ludwig Erhard**<sup>36</sup> der geeignete Mann. Er war nicht nur politisch unbelastet, sondern hatte auch Kontakt zu Widerstandskreisen und hatte schon während des Krieges wirtschaftspolitische Grundsätze einer Neuordnung niedergelegt. Auf Veranlassung der Amerikanischen Besatzungsmacht war er parteiloser Wirtschaftsminister im ersten bayerischen Kabinett Hoegner, nach dem Wahlsieg der CDU 1947 dann Honorarprofessor an der Münchner Universität. Im September 1947 wurde er zum Leiter der Sonderstelle „Geld und Kredit“ beim Frankfurter Wirtschaftsrat berufen.

Am 2. März 1948 wurde Erhard zum „Direktor der Verwaltung für Wirtschaft“ des Vereinigten Wirtschaftsgebietes gewählt, in dessen (2.) Wirtschaftsrat die CDU zusammen mit der FDP die Mehrheit hatte. Er hatte damit die Möglichkeit, von dem Amt mit dem weitreichendsten Kompetenzen aus und mit der Rückendeckung der amerikanischen Militärregierung die Weichen für eine Politik zu stellen, die als „Soziale Marktwirtschaft“ bekannt werden sollte<sup>37</sup>. Sie wurde in

---

<sup>36</sup> Kurze Biografie bei der Ludwig-Erhard-Siftung <http://www.ludwig-erhard-stiftung.de/>. Alfred C. Mierzejewski: "Ludwig Erhard". A Biography. The University of North Carolina Press, Chapel Hill/London 2004. Rez. FAZ 6.10.2004

<sup>37</sup> Einzelheiten des Konzepts in einer Rundfunkrede Erhards, 21.6.1948 Weber, Bundesrepublik Kassette II/3 Nr. 18 DRA-Nr. 48.8014. Zusammenfassung mit Verzeichnis der Quellen und des spezifischen älteren Schrifttums H.G.Schachtschabel: Wirtschaftspolitische Konzeptionen. Stuttgart u.a.: Kohlhammer, 3. Aufl. 1976. Ausführliche Darstellung im Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik, online unter [http://www.bpb.de/wissen/07366806922938336269163160936993.0.0.HpS\\_Soziale\\_Marktwirtschaft\\_Wirtschaftspolitik\\_040402.html](http://www.bpb.de/wissen/07366806922938336269163160936993.0.0.HpS_Soziale_Marktwirtschaft_Wirtschaftspolitik_040402.html).

ihrer theoretischen Ausformulierung wesentlich von Alfred Müller-Armack geprägt<sup>38</sup>.

Wichtigstes Gesetz der wirtschaftlichen Neuorientierung wurde das „Gesetz über die Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“, das sogenannte Leitsätze-Gesetz<sup>39</sup>, mit dem die Währungsreform in der Bi-Zone auf eine sichere wirtschaftspolitische Basis gestellt werden sollte<sup>40</sup>. Es sollte die westdeutsche Wirtschaft von der staatlichen Festsetzung der Einzelpreise, dem allgemeinen Preisstop und der Anordnung von Höchstpreisen befreien.

Erhard sah in der staatlichen Lenkung der Produktion eine Lenkung des Verbrauchers, die nicht nur freiheitlichen Prinzipien widersprach, sondern auch eine Fülle an staatlichen Reglementarien nach sich zog. Nach seinen Worten sollte das Gesetz dazu dienen „*diese behördliche Macht zu überwinden und im Bereich der Wirtschaft überhaupt mit ihr zu brechen*“<sup>41</sup>.

### Die Ruhrfrage

Nach Einschätzung der britischen Regierung war die vorrangige Absicht der sowjetischen Politik, politischen und wirtschaftlichen **Einfluss in den Westzonen** zu bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, habe die Sowjetführung vor, entweder einen (selbstverständlich kommunistisch geführten) deutschen Zentralstaat zu schaffen oder sehr starken wirtschaftlichen Einfluss in den Westzonen auszuüben. Auf diesem Weg, so die Vermutung, sollte die westdeutsche Wirtschaft so weit geschwächt werden, dass aus der Instabilität der Kommunismus wachsen könne.

---

Kurzer Abriss beim BMWA

<http://www.bmwa.bund.de/Navigation/Wirtschaft/Wirtschaftspolitik/soziale-marktwirtschaft.html>

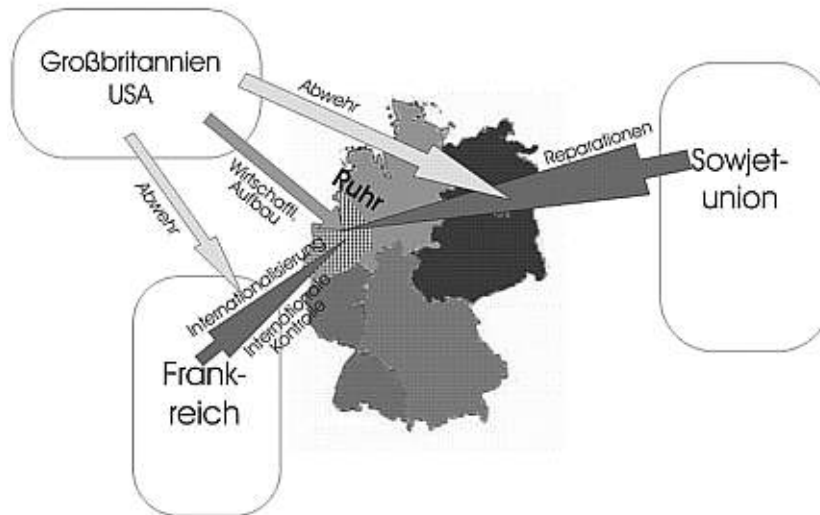
Frank Bösch: Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU. Stuttgart/München: DVA, 2002, Rez. FAZ 21.3.2002, stellt Erhard eher als Vertreter einer reinen Marktwirtschaft dar und schreibt Adenauer die sozialen Korrekturen zu.

<sup>38</sup> Die bekannten Ausführungen Alfred Müller-Armacks (1948) Weber, Bundesrepublik 2 S. 256 und Kleßmann, Doppelte Staatsgründung S. 428f.

<sup>39</sup> Weber, Bundesrepublik 2 S. 249ff. Entwurf des Gesetzes als Antrag des Verwaltungsrats, 1.6.1948, Kleßmann, Doppelte Staatsgründung S. 456ff.

<sup>40</sup> Rundfunkrede Erhards, 14.6.1948, Weber Bundesrepublik Kassette II/2 Nr. 15, DRA-Nr. 48.8013.

<sup>41</sup> Weber, Bundesrepublik 2 S. 236.



Grafik: Die verschiedenen Interessen bezüglich des Ruhrgebiets.

Während die sowjetische Politik nach Reparationsleistungen aus dem Industriegebiet an Rhein und Ruhr zielte, wollte Frankreich zunächst aus eigenem Sicherheitsstreben heraus eine Internationalisierung des Ruhrgebiets und reduzierte diese Forderung später auf eine internationale Kontrolle. Großbritannien und die USA dagegen sahen diese Pläne als hinderlich für einen schnellen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands an.

Angelpunkt dieser Politik schien die **Ruhrfrage** zu sein. In der Etablierung einer Viermächtekontrolle über das deutsche Industriepotenzial an Rhein und Ruhr konnte die sowjetische Führung einen Hebel sehen, ihren Einfluss in den westlichen Besatzungszonen geltend zu machen. Sie traf sich damit zwar wieder mit den französischen Vorstellungen, doch hatte die sich inzwischen von ihrer alten Politik einer Abtrennung des Ruhrgebiets ab- und einer Internationalisierung zugewandt. Da diese Vorstellungen aber auch die Sowjetunion mit einbezogen, fanden sie bei Briten und Amerikanern keine Unterstützung.

## Die alliierte Politik zum Aufbau eines westdeutschen Staates

### Das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz

Die Konferenz der Außenminister, die vom 10. 3. bis 24. 4. 1947 in Moskau stattfand, stand bereits unter dem Zeichen der ideologischen Verhärtung, die sich in Trumans Doktrin des „Containment“ zeigte

und die eine definitive Abkehr von den noch bei Kriegsende vorherrschenden Kooperationsplänen bedeutete. Wirtschaftlicher Aufbau Westeuropas und der deutschen Westzonen war jetzt das vorrangige Ziel geworden.

Angesichts der britisch-amerikanischen Verhandlungsposition, die unter allen Umständen die Sowjets von der Ruhr-Industrie fernhalten wollte, war ein Scheitern der Konferenz vorauszusehen. Ein Viermächtepakt zur Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands, den George Marshall, seit Anfang des Jahres 1947 amerikanischer Außenminister, vorlegte und der den amerikanischen Einfluss in Deutschland und Europa auf längere Zeit sichern sollte, wurde ebenso von der Sowjetunion abgelehnt wie die sowjetische Forderung nach einer Reparationssumme von 10 Milliarden Dollar von Amerikanern und Briten. Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion, wie sie die Sowjets forderte, hätten das Ziel des wirtschaftlichen Wiederaufbaus der westdeutschen Industrie nachhaltig gestört. Dieses sowjetische Ansinnen wurde von Briten und Amerikanern mit der Forderung beantwortet, auch die Gebiete östlich von Oder und Neiße in die Berechnung der Reparationslieferungen einzubeziehen<sup>42</sup>.

Der sowjetische Außenminister Molotow legte noch einmal die sowjetischen Vorstellungen von einer zukünftigen gesamtdeutschen Ordnung dar und verwies auf die in der sowjetischen Besatzungszone vollzogenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen (Bodenreform, Verstaatlichung der Industrie etc.) und die antifaschistische „Block“-Politik mit dem Zusammenschluss von KPD und SPD zur SED am 21. 4. 1946. Demgegenüber beharrte der französische Außenminister Bidault auf seiner Forderung nach weitgehender Dezentralisierung, womit sich die Gemeinsamkeit zwischen beiden Staaten als eine Gemeinsamkeit in der Ablehnung der britischen und amerikanischen Vorstellungen herausstellte.

### **Die Münchner Ministerpräsidentenkonferenz**

Während die Parteien in Deutschland, voran die SED unter Otto Grotewohl und Walter Ulbricht, auf eine gesamtdeutsche Vertretung hinarbeiteten, ergriffen die Ministerpräsidenten der Länder die Initiative. Auf Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard (CSU) kamen die Länderchefs im Juni 1947 in München zusammen. Die Konferenz musste aber fast zwangsläufig an der Haltung der Ministerpräsidenten der Westzonen scheitern, die den SED-Ministerpräsidenten mit äußerstem Misstrauen entgegneten. Deren Forderung, die *„Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch*

---

<sup>42</sup> Dazu Steininger, Deutsche Geschichte 1 S. 222ff.



*Verständigung der demokratischen deutschen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaats*“ hätte nach ihrer Überzeugung einen Einfluss der SED zur Folge gehabt, der allen demokratischen Vorstellungen zuwiderlief. Daher hatten sie nicht vor, dem Antrag zuzustimmen und auch nicht einmal seine Behandlung zuzulassen<sup>43</sup>. Sie verweigerten den Länderchefs der sowjetischen Zone selbst nur eine Formulierung ihres Anliegens, die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung zu fordern, und beharrten als Vorwand dafür auf der vorher festgelegten Tagesordnung<sup>44</sup>. Sie folgten damit einerseits den Weisungen der Besatzungsmächte, die zu dieser Zeit nicht mehr an einer Lösung des Deutschlandproblems interessiert waren und alles daran setzen mussten, jeden Einfluss der Sowjetunion innerhalb der Westzonen zu unterbinden. Andererseits aber sprachen vor allem die der SPD angehörenden Ministerpräsidenten ihren Kollegen aus der Ostzone mit Blick auf die im Vorjahr vollzogene Zwangsvereinigung von KPD und SPD das Recht ab, für die dortige Bevölkerung zu sprechen.

Die Ministerpräsidenten berieten anschließend über Fragen der Ernährung, der Wirtschaftslage, das Flüchtlingsproblem und Fragen des Besatzungsrechts.

### **Aufbau einer politischen Organisation als Ziel im Westen**

Im Juli desselben Jahres ersetzte die US-Regierung die sehr rigide Direktive JCS 1067, die Deutschland nicht als befreit, sondern als „besiegten Feindstaat“ ansah durch die den politischen Umständen entsprechend veränderte und konstruktivere Maßgabe JCS 1779. Sie stellte die Zusammenarbeit mit deutschen Stellen zum Ziel des wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus in den Vordergrund. Sie betonte zwar immer noch, dass die Zerschlagung des militärisch bestimmten industriellen Potenzials notwendig sei, um den Frieden in Europa zu sichern, stellte aber als Ziel der künftigen Besatzungspolitik fest, dass Deutschland so schnell als möglich zu einer Form der politischen Organisation geführt werden solle, die eine ruhige Entwicklung ermöglichte. Ebenso solle der Prozess des Aufbaus von Regierungsstrukturen gefördert werden, sofern sie mit der militärischen Sicherheit und den Zielen der Besatzung in Einklang stünden. Mit der Aussage, das eigene politische und gesellschaftliche System nicht auf

---

<sup>43</sup> So Carlo Schmid, Erinnerungen S. 288

<sup>44</sup> Steininger, Rolf: Zur Geschichte der Ministerpräsidentenkonferenz 1947. In: VfZ 23, 1975, S. 375-453. Zitiert in Steininger, Deutsche Geschichte 1 S. 227 und Anm. 101. Dagegen Carlo Schmid, Erinnerungen S. 289: „Die Ministerpräsidenten der Ostzone verlangten alles oder nichts.“

Deutschland übertragen zu wollen und auch jede andere von außen aufgezwungene Form abzulehnen, nimmt die US-Regierung Stellung gegen die Sowjetisierung in der sowjetischen Zone. Die letzte Entscheidung über die verfassungsmäßige Organisation Deutschlands solle dem deutschen Volk überlassen bleiben. Allem voran aber verkündet die neue Direktive, dass US-Truppen so lange in Deutschland bleiben würden als Truppen anderer Länder anwesend seien<sup>45</sup>.

Die Sowjetunion verfolgte in ihrem Wechselspiel zwischen der Errichtung eines Sowjetsystems im Ostteil und dem Einfluss auf Gesamtdeutschland mittlerweile wieder die gesamtdeutsche Richtung und errichtete am 14. 7. 47 für die Sowjetzone eine „Deutsche Wirtschaftskommission“ mit 5 Zentralinstanzen, die als Vorform einer deutschen Zentralregierung unter sowjetischem Einfluss gelten konnte. Sie antwortete damit auf die Bildung des „Frankfurter Wirtschaftsrates“, der parlamentarisch organisierten Verwaltung für die britisch-amerikanische Bi-Zone vom 29. 5. 47.

### **Die Londoner Konferenzen**

Die Konferenz der Außenminister in London vom 25. November bis 12. Dezember 1947<sup>46</sup> sollte die letzte Konferenz über eine gemeinsame Lösung des Deutschland-Problems werden. Wie schon in Moskau forderte Marshall erneut eine Revision der Oder-Neiße-Grenze zu Gunsten Deutschlands, vor allem was Schlesien anbetraf, und eine Einbeziehung des schlesischen Industrieviers in das alliierte Kontrollsystem, um auf der Basis Deutschlands in den Grenzen von 1937 die Reparationsleistungen errechnen zu können. Molotow antwortete mit der Forderung nach einer einheitlichen Viermächtekontrolle über die vier Besatzungszonen, was die sowjetische Kontrolle über das Ruhrgebiet bedeutet hätte. Das Scheitern dieser Konferenz bestätigte die USA in ihrem Vorhaben, die staatliche Organisation der Westzonen (und damit ihre Einbindung in den westlichen Machtbereich) voranzutreiben und – so der britische Außenminister Bevin im Januar 1948 – durch den politischen Zusammenschluss Westeuropas zu ergänzen.

Die Sechs-Mächte-Konferenz, die vom 23. 2. bis 6. 3. und dann wieder vom 24. 4. bis 2. 6. 1948 unter Teilnahme der drei Westalliierten und der Beneluxländer in London tagte, empfahl für diesen Prozess die wirtschaftliche Integration in Westeuropa, die Erarbeitung einer westdeutschen Verfassung und die Beibehaltung der Ruhrkontrolle<sup>47</sup>.


---

<sup>45</sup> Basic Documents 1941-49 S. 552ff.

<sup>46</sup> Basic Documents 1941-49 S. 568ff.

<sup>47</sup> Basic Documents 1941-49 S. 574ff.

Die USA und Großbritannien gestanden Frankreich die wirtschaftliche Eingliederung des Saargebietes zu, Frankreich erklärte sich im Gegenzug dazu bereit, seine Besatzungszone in Deutschland mit der Bi-Zone zur „Tri-Zone“ zu vereinen – was die Spötter hier zu dem Lied „*Wir sind die Eingeborenen von Trizonesien*“ veranlasste – und die französische Zone an der Marshallplan-Hilfe teilnehmen zu lassen. Mit ihrer Forderung nach Einrichtung einer internationalen Kontrolle der Ruhrindustrie und einer Aufteilung ihrer Produktion konnte sie sich jedoch nicht durchsetzen. Aber Frankreich stimmte der Formel zu, man wolle die Grundlagen für die Beteiligung eines demokratischen Deutschland an der Gemeinschaft der freien Völker schaffen. Als Ziele wurden die wirtschaftliche Integration in Westeuropa und die Erarbeitung einer westdeutschen Verfassung, aber unter Beibehaltung der Ruhrkontrolle festgestellt. Damit war die Absicht zur westdeutschen Staatsgründung offiziell publik gemacht.

Maßnahmen des Westens		Maßnahmen der Sowjetunion
Antisozialistischer Kurs der SPD*		frühzeitige Zulassung politischer Parteien und Begünstigung der KPD
Errichtung der Bi-zone		Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED
Londoner Empfehlungen der Sechsmächtekonferenz		“Blockpolitik“ der KPD bzw. SED, die mit der westlichen Definition von pluralistischer Demokratie nicht vereinbar war.
		Bodenreform und Enteignungen
Währungsreform		Verhinderung von wirksamen Kontrollratsbeschlüssen
		Forderung nach Beteiligung an der Kontrolle über das

		Ruhrgebiet
Einbeziehung der Westzonen in das Hilfsprogramm des Marshall-Plans		Auszug der Sowjets aus dem Kontrollrat am 20. März 1948

\* nicht als Maßnahme zu sehen, aber als Grundströmung

*Tabelle: Die Maßnahmen der Alliierten, die auf die Gründung zweier Staaten und damit auf die Teilung Deutschlands hinführten*

### Das Ende des Kontrollrats

Als sich die amerikanische Delegation im Kontrollrat weigerte, die Sowjets über diese Konferenz zu informieren, verließ der sowjetische Militärgouverneur am 20. März unter Protest den alliierten Kontrollrat<sup>48</sup>, der damit seine Arbeit als oberstes Regierungsorgan für Gesamtdeutschland und als alliierte Kontrollinstanz einstellte. Ende März begannen die Sowjets mit der sogenannten „kleinen Blockade“ Berlins und mit verschärften Kontrollen auf den Zugangswegen.

Mittlerweile hatten noch Großbritannien und Frankreich am 4. 3. 1947 in Dünkirchen ein Defensivbündnis geschlossen<sup>49</sup>, das am 17. 3. 1948 „für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik“ um die Beneluxstaaten erweitert wurde („Brüsseler Vertrag“)<sup>50</sup>. Ziel dieses Vertrags war jedoch der Schutz vor einer sowjetischen Aggression. Die Zielrichtung gegen Deutschland war schon zur Zeit seines Zustandekommens politisch überholt, da vor allem die USA jetzt auf Zusammenarbeit und Integration setzten. Dennoch blieb er in Kraft und bildete 1954/55 den Kern des zweiten „Brüsseler Vertrags“ über die Gründung der Westeuropäischen Union.

Das Londoner Deutschlandkommuniqué, das zum Abschluss der Konferenz am 7. Juni verabschiedet wurde, verkündete als Leitlinien einer alliierten Ruhrpolitik, dass „die Verfügung über Kohlen- Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebiets, die früher ausschließlich Deutschland zustand, künftig ohne Unterschied den Ländern Europas garantiert sein soll, die zu allgemeinem wirtschaftlichem Nutzen zusammen-

<sup>48</sup> Sowjetische Erklärung betr. die Vertagung der Kontrollratsitzungen vom 20. März 1948 v. Münch, Dokumente 1 S. 55f.

<sup>49</sup> Der Vertrag <http://www.ena.lu?lang=1&doc=3147>. Seine Symbolträchtigkeit: "Dunkerque 1940 und Dunkerque 1947", in *Luxemburger Wort*. 05.03.1947, n° 64; 100e année, p. 1. <http://www.ena.lu?lang=3&doc=3648>

<sup>50</sup> <http://www.weu.int/index.html> und <http://www.ena.lu?lang=2&doc=1570>

*arbeiten*“, also eine wirtschaftliche Verflechtung des Ruhrgebiets mit Westeuropa. Ein enger Zusammenschluss des Wirtschaftslebens sei „für die politische und die wirtschaftliche Wohlfahrt dieser Länder und eines demokratischen Deutschland wünschenswert“. Die Weststaatsgründung in Deutschland sollte in mehreren Stufen ablaufen: „Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, dass die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassungsgebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.“<sup>51</sup>

Die Erklärung der Londoner Konferenz allerdings über die Errichtung „einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebiets“ war nach Einschätzung eines Mitarbeiters des britischen Foreign Office nur ein „Dokument voller Schall und Rauch“, eine „leere Fassade“ und die „einzige Basis, auf der eine Verständigung [mit Frankreich] möglich war“, einzig dazu gedacht, die französische Öffentlichkeit zu beruhigen<sup>52</sup>.

## **Währungsreform und Berlin-Blockade**

### **Die Währungsreform**

Das nationalsozialistische Regime hatte im Gegensatz zum kaiserlichen Deutschland den Krieg nicht durch öffentliche Anleihen finanziert, sondern im wesentlichen durch eine ungeheure Aufblähung der Geldmenge. Das Sozialprodukt war jedoch bei Kriegsende auf einen Bruchteil seines Vorkriegsstandes gesunken, so dass der noch umlaufenden Reichsmark kein realer Gegenwert mehr in Form von Waren und Produktion gegenüberstand. Insgesamt bestand ein Geldüberhang von ca. 300 Milliarden Reichsmark. Die von den Besatzungsmächten weitergeführten Preiskontrollen verhinderten zunächst, dass die Inflation offenbar wurde. Die Folge war allerdings, dass einerseits die Nachfrage nach den Dingen, die der Preiskontrolle unterlagen, stark anstieg und Engpässe verursachte, dass aber andererseits das Vertrauen in die Reichsmark auf ein Minimum sank, Schwarz- und Tauschhandel aufblühten und Preise für Sachwerte in astronomische Höhen stiegen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau der Westzonen setzte daher eine Reform der Währung voraus. In der sowjetischen Besatzungszone

---

<sup>51</sup> Basic Documents 1941-49 S. 575ff. Auszüge Die Welt nach 1945 S. 145ff. Steininger, Deutsche Geschichte 2 S. 304ff.

<sup>52</sup> Steininger, Deutsche Geschichte 2 S. 291

waren dagegen Bankguthaben bereits 1945 gesperrt worden, mit dem Ergebnis, dass einerseits der Geldüberhang nicht so groß, andererseits Sachwerte billiger waren als in den Westzonen.

Im Januar 1946 beauftragten die Amerikaner die beiden deutschstämmigen Volkswirtschaftler Gerhard Colm und Ray Goldsmith und den Bankier Joseph Dodge mit der Ausarbeitung eines Plans, den diese dann am 20. Mai 1946 dem amerikanischen Militärgouverneur General Clay vorlegten (abgekürzt CDG-Plan genannt). Er verband eine radikale Geldwertsanierung in drei Phasen mit einem umfassenden Lastenausgleich. Verhandlungen im Kontrollrat über diesen Plan zogen sich jedoch aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen der britischen und französischen Vertreter hin, scheiterten aber erst an der von den Sowjets aufgeworfenen Frage des Druckorts der neuen Banknoten.

Die Sowjetunion konnte nicht dieses Interesse an einer Stabilisierung der deutschen Währung haben, da ein radikaler Geldschnitt die Reichsmarkreserven der Sowjetunion entwertet hätte. Außerdem lag ihr nichts an einer Stärkung der westdeutschen Wirtschaft. Nachdem die sowjetische Verzögerungstaktik klar wurde, entschloss sich im September 1947 die amerikanische Regierung zum Alleingang und druckte neue Banknoten, die im Frühjahr 1948 nach Deutschland transportiert wurden.

Ein sowjetisches Entgegenkommen im Kontrollrat Anfang 1948 wurde allerdings von den Amerikanern nicht beantwortet, da sie nun ihrerseits kein Interesse daran hatten, der Sowjetunion Mitspracherecht in einer gesamtdeutschen Währungsinstanz einzuräumen – die Entscheidung für den westdeutschen Alleingang war bereits gefallen. Auch diejenigen unter den deutschen Politikern, die auf die Marktwirtschaft setzten, sprachen sich nun gegen eine gesamtdeutsche Lösung aus. Dem Abbruch der Verhandlungen im Kontrollrat durch die Amerikaner, zu dem General Clay am 11. März durch die Regierung in Washington angewiesen war, kam Marschall Sokolowski am 20. März durch seinen Auszug aus dem Kontrollrat zuvor<sup>53</sup>. Im April wurde dann eine deutsche Expertengruppe berufen, die die rein technischen Fragen der Durchführung erörtern sollte – zur Enttäuschung dieser Gruppe standen die Prinzipien bereits fest.

---

<sup>53</sup> Mai, Gunther: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit - deutsche Teilung? Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Band 37. R. Oldenbourg Verlag, München 1995. Rez. FAZ 21.8.1996

Am 20. Juni traten zwei „Gesetze zur Neuordnung des deutschen Geldwesens“ in Kraft<sup>54</sup>. Sie brachten der Bevölkerung zunächst einen Pro-Kopf-Betrag von 40 DM, im Juli dann noch einmal von 20 DM. Dieser Betrag konnte im Verhältnis 1 : 1 umgetauscht werden. Darüber hinausgehende Beträge mussten auf ein Konto eingezahlt werden und wurden wie alle übrigen Guthaben im Verhältnis 10 : 1 in DM-Guthaben umgewandelt. Von ihnen blieben durch das „Umstellungsgesetz“ vom 26. 6. und das 4. Neuordnungsgesetz vom 10. 10. 1948 dann noch 65 % übrig, so dass die Umstellungsquote nur 6,5 % betrug. Schulden wurden im Verhältnis 10 : 1 umgewandelt. Löhne, Renten und Mieten waren nach dem ersten Gesetz vom 20. 6. in gleicher Höhe weiterzuzahlen. Insgesamt wurden 145 Milliarden Mark an Reichsmarkbeständen aus dem Verkehr gezogen und durch eine „hoheitliche Neugeldschöpfung“ von zunächst 4,4 Milliarden DM, bis Ende 1948 insgesamt 12 Milliarden DM, ersetzt.

Zur Vorbereitung der Währungsreform errichteten die Alliierten in den Westzonen eine neue Zentralbank, deren streng föderativer Aufbau das amerikanische Notenbanksystem widerspiegelt: Formelle Ausgabestelle der DM war die am 1. März 1948 gegründete „Bank Deutscher Länder“, weswegen auch bis zum Ende der D-Mark noch umlaufende Münzen des Jahres 1949 diese Aufschrift tragen. Sie war eine Tochter der bis dahin rechtlich völlig selbständigen Landeszentralbanken, die das Recht der Notenausgabe und die Koordination der gemeinsamen Politik an die Zentralbank abgaben, und hatte ihren Sitz in Frankfurt. Erst zum 26. 7. 1957 wurde die Bundesbank als Ausgabestelle gegründet. Die Landeszentralbanken verloren damit ihre Selbständigkeit und wurden Zweigstellen der Bundesbank. Beide, Bank deutscher Länder und Bundesbank, sind unabhängig von der Regierung und nicht an deren Weisungen gebunden.

Mit der Reform der Währung musste auch eine Abkehr vom bisherigen Dirigismus in der Wirtschaft verbunden sein. Ludwig Erhard, der Direktor der Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft (eine Art Wirtschaftsminister der Bi-Zone) war kurz vor der Währungsreform mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet worden, die er nun zur Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der Bi-Zone nutzte.

---

<sup>54</sup> Währungsgesetz der westlichen Befehlshaber mit übereinstimmendem Wortlaut (Auszug): Die Welt nach 1945 S. 141f.

Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform, 24. Juni 1948

[http://www.bpb.de/publikationen/02928882900342117564450590382019.3.0.Wirtschaftsentwicklung\\_von\\_1945\\_bis\\_1949.html](http://www.bpb.de/publikationen/02928882900342117564450590382019.3.0.Wirtschaftsentwicklung_von_1945_bis_1949.html)

Die Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone, die daraufhin (23. 6.) durchgeführt wurde<sup>55</sup>, war für den Kleinsparer weniger schmerzhaft, da die Guthaben gestaffelt umgestellt wurden: bis 100 RM 1 : 1, bis 1000 RM 5 : 1, bis 5000 RM 10 : 1<sup>56</sup>; die seit Mai 1945 gesperrten Altkonten wurden allerdings in eine staatliche Zwanganleihe umgewandelt. Nach dem Beschluss der ZK der SED vom 22. Juni 1948 scheint die Umstellung nach Sockel- und darüber hinaus gehenden Beträgen gestaffelt vorgenommen worden zu sein<sup>57</sup>

### Die Berliner Blockade

Auf die deutschlandpolitischen Entscheidungen der Westmächte reagierte die Sowjetunion einerseits mit dem auf einer Konferenz der Sowjetunion und der ostmitteleuropäischen Staaten verabschiedeten Kommuniqué vom 24. Juni 1948, nachdem die Politik der Westmächte das Potsdamer Abkommen verletze und die beabsichtigte Staatsgründung in Westdeutschland einen Rechtsbruch darstelle.

Mit der Währungsreform in der Sowjetischen Besatzungszone mussten zwangsläufig die bislang latent vorhandenen Interpretationsdifferenzen über den Status Berlins zu akuten Spannungen und Auseinandersetzungen führen. Nach sowjetischer Interpretation war ganz Berlin Teil der sowjetischen Besatzungszone und der Westteil nur den Westmächten als Besatzungsgebiet überlassen worden („*Berlin liegt im Zentrum der Sowjetzone und bildet einen Teil dieser Zone*“, Note an die Westmächte, Juni 1948). Die Westalliierten sahen dagegen ihre Rechte in Berlin als ebenso originär an wie die der Sowjetunion. Zum Konflikt führte daher die Durchführung der Währungsreform durch die Sowjetunion auch in den Berliner Westsektoren mit dem Befehl Marschall Sokolowskis an den Berliner Magistrat vom 22. Juni, nachdem die Westalliierten mit Rücksicht auf den Viermächtestatus der Stadt auf die Einbeziehung der Westsektoren in die westliche Währungsreform zunächst verzichtet hatten. Der Berliner Magistrat lehnte die Durchführung der Währungsreform unter Hinweis auf die fehlende

---

<sup>55</sup> Frank E. W. Zschaler: Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 45. Jg. Heft 2/1997, S. 191-223.

<sup>56</sup> Die Zahlen u.a. bei [http://www.lsg.musin.de/Geschichte/isb/UE45\\_49\\_fertig/Material/W%C3%A4hrungsreform.htm](http://www.lsg.musin.de/Geschichte/isb/UE45_49_fertig/Material/W%C3%A4hrungsreform.htm).

<sup>57</sup> Aus dem Beschluss des ZK der SED zur Währungsreform vom 22. Juni 1948 in Die Welt nach 1945 S. 142f: „*Wer auf seinem Sparkonto 200 RM hat, behält 120 RM, das sind 60 Prozent. Wer 300 RM hat, behält 140 RM. Bei 500 RM verbleiben 180 RM, und bei 1000 RM bleiben 280 RM.*“



Zuständigkeit des sowjetischen Kommandanten für die Westsektoren ab. Die Westmächte reagierten ihrerseits mit der Einführung der DM-West als Parallelwährung zur DM-Ost in den Westsektoren am 24. Juni.

Am selben Tag unterbrachen die Sowjets sämtliche Verkehrsverbindungen zwischen den Westzonen und Berlin auf dem Landweg, zunächst mit der Begründung, es müssten dringend notwendige Reparaturarbeiten auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Helmstedt durchgeführt werden. Die Sperrung der Stromversorgung am selben Tag wurde ebenfalls mit technischen Störungen begründet, auch die Lieferung von Lebensmitteln und Kohle nach Westberlin wurde eingestellt. Der politische Charakter der Blockade als Erpressungsversuch wurde bald offenbar; die Alliierten gingen daran, die Westsektoren Berlins aus der Luft zu versorgen. Die Berlin-Blockade trug allerdings insofern schon Charakterzüge des Kalten Krieges der 50er Jahre, als die Amerikaner darauf verzichteten, die Blockade auf dem Landweg zu durchbrechen, und die Sowjets ihrerseits keinen Versuch unternahmen, die Luftbrücke durch eigene Aktionen zu stören.

Die Luftbrücke<sup>58</sup> begann am folgenden Tag, dem 25. Juni, als die ersten amerikanischen Flugzeuge auf dem Flughafen Tempelhof, dem

---

<sup>58</sup> Ausstellungs-Begleitband des Deutschen Technik-Museums Berlin zur Ausstellung 1998: Auftrag Luftbrücke. Der Himmel über Berlin 1948-1949. Berlin: Dt. Technik-Museum, 1998. Buchhandelsausgabe Nicolaische Verlagsbuchh. Beuermann.

Michael Bell: Die Blockade Berlins – Konfrontation der Alliierten in Deutschland. In: Foschepoth (Hg.), Kalter Krieg S. 217 – 239.

Glossar zum Themenbereich Luftbrücke im CollegeRadio von BR-online: <http://www.br-online.de/wissen-bildung/collegeradio/medien/geschichte/luftbruecke/glossar/>. Hier auch Audio-Beiträge: <http://www.br-online.de/wissen-bildung/collegeradio/medien/geschichte/luftbruecke/audio/>. Seiten des Hauses der Geschichte in Bonn u.a. mit technischen Details: <http://www.hdg.de/Final/deu/page302.htm>.

Charles F. Pennacchio, „The East German Communists and the Origins of the Berlin Blockade Crisis,“ East European Quarterly, Vol. 29, no. 3 (Fall 1995) <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/penna.htm>.

Eye of the Storm. Chapter section from: Airbridge to Berlin --- The Berlin Crisis of 1948, its Origins and Aftermath. By D.M. Giangreco and Robert E. Griffin. © 1988:

[http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/BERLIN\\_A/PAGE\\_1.HTM](http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/BERLIN_A/PAGE_1.HTM)

Cartoons zur Luftbrücke

[http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/BERLIN\\_A/LSC.HTM](http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/BERLIN_A/LSC.HTM).

Fotos zum Thema:

[http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/BERLIN\\_A/PHOTO\\_CO.HTM](http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/BERLIN_A/PHOTO_CO.HTM)

Flughafen der amerikanischen Zone, landen. Wenige Tage später beteiligten sich auch die Briten, Frankreich hatte wegen des gleichzeitigen Kriegs in Indochina keine Kapazitäten zur Verfügung. Während der Blockade Berlins mussten die 2,1 Millionen Bewohner der Stadt mit allen lebenswichtigen Gütern des täglichen, aber auch des industriellen Bedarfs versorgt werden – man rechnete mit einem Volumen von 4-5000 t täglich, von der Kohle für Heizung und Strom bis zu Kühlschränken und Baumaterialien. Insgesamt belief sich die Versorgung der Stadt auf 2.343.301 Tonnen Güter aller Art, die in rund 277.000 Flügen in 322 Tagen in die Stadt gebracht wurden. Zur Verfügung standen Frachtmaschinen mit einer Ladekapazität von 2,5 t, was in Hoch-Zeiten, z.B. am Ostersonntag 1949, eine Frequenz von 1440 Hin- und Rückflügen und damit jede Minute einen Start bzw. eine Landung bedeutete<sup>59</sup>.

Selbst mit modernen Ladekapazitäten wären für diese Aktion immer noch 60 Flüge pro Tag und ca. 20000 Flüge insgesamt notwendig.

Die Westalliierten konnten sich bei dieser Aktion auf eine Vereinbarung mit der Sowjetunion stützen, die ihnen auf drei Flugrouten den freien Zugang zur Stadt garantierte. Geflogen wurde auf der Nordroute von den Flugplätzen Schleswig-Land, Hamburg-Fuhlsbüttel und Lübeck-Blankensee und auf der Mittelroute von Fassberg, Celle, Wunsdorf, Wiesbaden-Erbenheim und Frankfurt Rhein-Main. Dazu kam, solange es die Witterung zuließ, Hamburg-Fuhlsbüttel für Wasserflugzeuge. In Berlin wurden die Rollfelder Tempelhof und Gatow angefliegen, bereits einen Monat nach Beginn der Luftbrücke wurde mit dem Bau des Flughafens Tegel begonnen, wo am 5. November 1948 die erste Maschine landete. Trotz der Übereinkunft über den freien Zugang auf dem Luftweg nach Berlin versuchte die Sowjetunion, die Luftbrücke immer wieder, durch Schikanen zu beeinträchtigen.

Die Piloten flogen im Karussell-Betrieb, nahmen also für den Rückweg eine andere Strecke innerhalb des Luftkorridors, um Störungen zu vermeiden. Die US-Air Force richtete in Great Falls, Montana, einen Simulationsplatz für die Ausbildung der Piloten ein, wo Flugweg und Flug mit den erforderlichen Lasten trainiert wurden.

Die Berliner Luftbrücke, von den britischen Militärs „Plainfair“, von den Amerikanern „Operation Vittles“ genannt, ist die größte Aktion, die jemals in dieser Art durchgeführt wurde. Der Volksmund bezeichnete die Flugzeuge, die das Material nach Berlin brachten, als „Rosinenbomber“ und „Fliegende Güterwagen“. Die Luftbrücke wurde von der Berliner Bevölkerung als positives Signal einer neuen

---

<sup>59</sup> Daten nach <http://www.hdg.de/Final/deu/page1678.htm>

der Berliner Bevölkerung als positives Signal einer neuen Qualität der Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten aufgenommen.

Ursprüngliches Ziel der Sowjetunion bei dieser Blockade Berlins war es weniger, die Westalliierten aus der Stadt hinauszudrängen, als sie an den Verhandlungstisch zurückzubringen, um vor allem die Londoner Vereinbarungen der Sechsmächtekonferenz zu Fall zu bringen. Erst als sie dieses Ziel als nicht erreichbar erkannte, verschärfte sie die Blockade, um die Westsektoren ganz unter ihre Kontrolle zu bringen.

Für die Westmächte war in dieser Krise ausschlaggebend, dass ein Zurückweichen vor der sowjetischen Politik einen erheblichen Vertrauensverlust in die eben erst verkündete Politik der Eindämmung des kommunistischen Einflusses bedeutet und eine unabsehbare Destabilisierung Westeuropas nach sich gezogen hätte. General Clay warnte, nach dem Verlust der Tschechoslowakei und den unsicheren Verhältnissen in Norwegen auch noch Westdeutschland aufs Spiel zu setzen<sup>60</sup>

Die Sowjetunion musste, als sie sah, dass die Blockade ihr Ziel nicht erreichte, einlenken und die Zugangswege nach Berlin am 12. Mai 1949 wieder öffnen. Bereits am 20. April hatten die Westmächte die D-Mark, an der sich der Konflikt entzündet hatte, zum alleinigen Zahlungsmittel in West-Berlin erklärt.

Zum Gedenken an die Luftbrücke wurde vor dem Flughafen Berlin-Tempelhof und am Rhein-Main-Flughafen Frankfurt jeweils ein Denkmal errichtet, das das Ende einer durch die Luft gespannten Brücke symbolisiert. Der angebliche Berliner Volksmund gab dem Berliner Denkmal den Namen „Hungerharke“<sup>61</sup>.

Trotz aller Symbolik war die Blockade Berlins nicht vollständig und nicht hermetisch. Nachrichtendienstliche Quellen der US-Militärregierung kamen im Oktober 1948 zu dem Ergebnis, dass das Volumen des nach wie vor bestehenden Handels zwischen den Westsektoren Berlins und dem Ostsektor und der sowjetischen Besatzungszone immer noch größer war als das Volumen der Luftbrücke. Zur selben Zeit deckte die Industrie im blockierten West-Berlin ihre Rohstoffe nur zu 36% über die Luftbrücke aus den Westzonen, zu 41% aber aus Ost-Berlin und der SBZ.

Grund hierfür war, dass die Sowjets zwar aus politischen Gründen den Eisenbahn- und Schiffsverkehr unterbrochen hatten, aus wirtschaftli-

---

<sup>60</sup> Zitiert in <http://www.hdg.de/Final/deu/page1677.htm>.

<sup>61</sup> Berliner Denkmal <http://home.snafu.de/wumpus/airlift.htm>; Frankfurter Denkmal <http://www.zum.de/Faecher/G/BW/Landeskunde/rhein/kultur/denkplg/denkmal/luftbruck1.htm>

chen Gründen aber ein Interesse daran hatten, dass die Wirtschaft in ihrer Besatzungszone funktionsfähig blieb. Zu stark war noch die gegenseitige wirtschaftliche Verflechtung, zu stark auch das Interesse an Reparationslieferungen aus der eigenen Zone, als dass diese von Lieferungen aus den Westzonen unabhängig hätte sein können. Bestechung und Schwarzhandel ließen die Blockade ebenso löchrig erscheinen wie das Angebot der sowjetischen Militärregierung an die Bewohner West-Berlins, sich im Osten mit Grundnahrungsmitteln einzudecken. Und auch Amerikaner und Briten hatten ein lebhaftes Interesse, dass die Luftbrücke durch eigene Versorgungsanstrengungen von Bevölkerung und Industrie in West-Berlin entlastet wurde<sup>62</sup>

---

<sup>62</sup> Knoop, Volker: Die perfekte Blockade? Über Mythos und Legendenbildung. In: Auftrag Luftbrücke. Der Himmel über Berlin 1948-1949. 1998 S. 360 - 369

## **Tabellen und Karten**

*Tabellen: Die Maßnahmen der Alliierten, die auf die Gründung zweier Staaten und damit auf die Teilung Deutschlands hinführten*

*Der Wiederaufbau des politischen Lebens in den Westzonen*

## Quellen und Literatur:

Auftrag Luftbrücke. Der Himmel über Berlin 1948-1949. Berlin: Dt. Technik-Museum, 1998. Buchhandelsausgabe Nicolaische Verlagsbuchh. Beuermann.

Chronik der deutschen Sozialdemokratie / Franz Osterroth ; Dieter Schuster. - [Electronic ed.]. - Berlin [u.a.]: Dietz (Internationale Bibliothek ; ...) 3. Nach dem zweiten Weltkrieg. 2. neu bearb. und erw. Aufl. 1978. 854 S. (Internationale Bibliothek ; 85).

[http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/spdc\\_band3.html](http://library.fes.de/fulltext/bibliothek/chronik/spdc_band3.html)

Die Welt seit 1945. Bearbeitet von Helmut Krause und Karlheinz Reif. Geschichte in Quellen [Bd. 7]. München: Bayerischer Schulbuch-Verlag, 1980.

Foschepoth, Josef (Hg.): Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945 – 1952. Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London Bd. 16. Göttingen, Zürich: Vandenhoeck & Ruprecht, 1985

Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945 – 1955. (=Studien zur Geschichte und Politik. Schriftenreihe Bd. 298). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 5. Aufl. 1991. Buchhandelsausg. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente, Bd. 1, Frankfurt/M. 1983

[Weber, Bundesrepublik] Weber, Jürgen (Hg.): Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und Dokumentation in Text, Bild und Ton. 4 Bde. Paderborn etc.: Schöningh, 1979. Bd.1: Auf dem Wege zur Republik 1945 – 1947.